

Eckhard Freyer Europäische Integration und deutsche Fachhochschulen

Walter Leal Das Baltic University Programme: ein Hochschulnetzwerk für die Kooperation mit EU- und Nicht-EU-Ländern

Marco Althaus Sie kennen nur Europas Krise – Eine Reflexion zum Modellstudiengang Europäisches Management

Joachim Riedl, Frank Schäfer, Michael Seidel, Bernd Wolfrum, Sebastian Zips und Anna-Katharina Pleier Europäische Potenziale am Beispiel der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit im Destinationsmarketing und auf Hochschulebene

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst



Europa – Kontinent der Chancen

Seminartermine 2015

Fr. 2. Oktober**Bewerbung, Berufung und Professur**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Fr. 23. Oktober**Hochschulrecht**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Fr. 23. Oktober**Bewerbung, Berufung und Professur**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Fr. 30. Oktober**Prüfungsrecht und Prüfungsverfahren
an Hochschulen**

Ismaning, Commundo Tagungshotel, 10:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Fr. 6. November**Bewerbung, Berufung und Professur**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Fr. 27. November**Prüfungsrecht und Prüfungsverfahren
an Hochschulen**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Fr. 4. Dezember**Bewerbung, Berufung und Professur**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Fr. 8. Dezember**Bewerbung, Berufung und Professur**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:30 Uhr bis 17:00 Uhr

*Programm und Anmeldung auf unserer Homepage unter
www.hlb.de/seminare*

I
M
P
R
E
S
S
U
M

Herausgeber: Hochschullehrerbund –
Bundesvereinigung e. V. **h**l**b**
Verlag: **h**l**b**, Postfach 20 14 48, 53144 Bonn
Telefon 0228 555256-0, Fax 0228 555256-99
E-Mail: hlb@hlb.de, Internet: www.hlb.de

Chefredakteur: Prof. Dr. Christoph Maas
Molkenbuhrstr. 3, 22880 Wedel
Telefon 04103 14114
E-Mail: christoph.maas@haw-hamburg.de

Redaktion: Dr. Karla Neschke

Titelbild: Im Konferenzzentrum der Euro-
päischen Kommission verbringen Master-
Studierende eine Seminarpause.
Foto: M. Althaus

Herstellung und Versand:
Wienands PrintMedien GmbH
Linzer Straße 140, 53604 Bad Honnef

Erscheinung: zweimonatlich

Jahresabonnements für Nichtmitglieder
45,50 Euro (Inland), inkl. Versand
60,84 Euro (Ausland), zzgl. Versand
Probeabonnemement auf Anfrage

Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist
Bonn.

Anzeigenverwaltung:

Dr. Karla Neschke
Telefon 0228 555256-0
Fax 0228 555256-99
E-Mail: hlb@hlb.de

Verbands offiziell ist die Rubrik „**h**l**b**-Aktuell“.
Alle mit Namen des Autors/der Autorin verse-
henen Beiträge entsprechen nicht unbedingt
der Auffassung des **h**l**b** sowie der Mitglieds-
verbände.

Mit Ihrem Smart-
phone gelangen
Sie hier direkt auf
unsere Homepage.





Foto: S. Maas

Die europäische Einigung hat schon einen weiten Weg bewältigt. Sie besitzt auch heute noch eine hohe Eigendynamik und stellt uns vor spannende Aufgaben.

- „Meine ersten 200 Kriegsgefangenen“ steht über der Seite des Fotoalbums, das ich im Nachlass meines Vaters fand. Die abgebildeten Italiener waren im 2. Weltkrieg durch den Kurswechsel ihrer Regierung von Verbündeten zu Gegnern geworden.
- Im Vorschulalter versetzte ich meine Eltern einmal in Panik, als ich sie bei der Ausreise aus den Niederlanden hörbar darauf hinwies, dass sie auf die Frage des Grenzbeamten eine Tüte Tomaten nicht erwähnt hatten.
- Als es 1984 erlaubt wurde, mit einer grünen Plakette hinter der Windschutzscheibe die deutsch-französische Grenze ohne Anhalten zu passieren, baute die ZDF-Serie „Ein Fall für zwei“ prompt als Nervenkitzel einen derartigen Grenzübertritt in eine Folge ein.

Dass diese Episoden heute unvorstellbar sind, zeigt, wie weit das EU-Europa in den letzten Jahrzehnten vorangekommen ist. Wenn es gleichwohl gegenwärtig so scheint, als ob die Schwierigkeiten und Fehlschläge die Erfolge überwiegen, wird die Wahrnehmung auch verzerrt durch die historisch einmalige Ambition des Projekts. Wenn es zu einer engen Zusammenarbeit gleichberechtigter und unabhängiger Nationen kommen soll, bleibt von Zeit zu Zeit ein kräftiges Knirschen im Gebälk nun einmal nicht aus. Im Gegensatz zu allen Großreichen der Weltgeschichte werden zudem in der EU der Zentralinstanz nur die unangenehmen Nachrichten zugeschrieben, während die Mitgliedsstaaten den Glanz der Erfolge auf sich lenken.

Tatsächlich ist viel in Bewegung in Europa, und es lässt sich viel bewegen.

Die Autorinnen und Autoren dieses Heftes beschreiben Entwicklungsperspektiven, die sich für die Tätigkeit an Hochschulen eröffnen. Eckhard Freyer (Seite 114) stellt die deutschen Fachhochschulen in den Kontext des europäischen Bildungsraums. Walter Leal (Seite 118) zeigt auf, wie 200 Hochschulen beim Baltic University Project durch ein gemeinsames thematisches Interesse zu intensiver Zusammenarbeit gefunden haben. In diesem Verständnis endet Europa auch keinesfalls an den Grenzen der EU. Marco Althaus (Seite 122) führt uns mitten in den Reflexionsprozess eines Europa-Studiengangs, der seine Begründung neu formuliert. Joachim Riedl et al. (Seite 126) schließlich erforschen das Zusammenwachsen der bayrisch-tschechischen Grenzregion.

Auch die studentische Sicht kommt zur Sprache. Die FH Münster (Seite 130) stellt die Erlebnisse eines ihrer Studenten während eines Auslandssemesters in Athen vor, während drei afrikanische Studierende der TFH Bochum (Seite 131) Europa vor allem als Ort einer guten Ausbildung mit ausgezeichneten Berufsperspektiven erleben. Die HTW Saarland (Seite 136) schließlich bietet schon seit 1978 ein gut nachgefragtes deutsch-französisches Studienprogramm.

Für uns an den Hochschulen bedeutet Europa die Chance auf neue menschliche Begegnungen, auf fachliches Wachstum und auf eine Weiterentwicklung unserer Rolle für die Gesellschaft. Was wir daraus machen, haben wir selbst in der Hand.

Ihr Christoph Maas

Für R., dem ich wünsche, dass er zu einem fröhlichen, neugierigen und unternehmungslustigen Europäer heranwächst.

UND SIE BEWEGT SICH DOCH!



- 109** Editorial:
Und sie bewegt sich doch!

Aufsätze

- 114** Europäische Integration und deutsche Fachhochschulen
Eckhard Freyer
- 118** Das Baltic University Programme: ein Hochschulnetzwerk für die Kooperation mit EU- und Nicht-EU-Ländern
Walter Leal
- 122** Sie kennen nur Europas Krise – Eine Reflexion zum Modellstudiengang Europäisches Management
Marco Althaus
- 126** Europäische Potenziale am Beispiel der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit im Destinationsmarketing und auf Hochschulebene
Joachim Riedl, Michael Seidel, Bernd Wolfrum, Frank Schäfer, Sebastian Zips und Anna-Katharina Pleier

hfb-Aktuell

- 112** Fortsetzung ungleicher Wettbewerbsbedingungen
- 112** Zögerliche Verbesserungen für Promotion von FH-Absolventen
- 113** Neues aus der *hfb*-Geschäftsstelle

FH-Trends

- 130** FH Münster
„Ich wollte mir ein eigenes Bild von der Lage vor Ort machen“
- 131** TFH Bochum
Brücken nach Europa bauen: TFH zeichnet afrikanische Studierende mit Stipendien aus
- 136** HTW Saarland
Das Deutsch-Französische Hochschulinstitut (DFHI) an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Berichte

- 137** Bad Wiesseer Positionspapier zum Thema Gesellschaftliche Bildungsanforderungen und die Kompetenzen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften



Beim Planspiel „Model European Union“ (MEU) verhandeln Wildauer Studierende in der Rolle von Ministern und Diplomaten. Die englischsprachigen Simulationen finden mit bis zu 150 Teilnehmern an ausländischen Partnerhochschulen statt, hier an der University of Exeter (Seite 122).
Foto: C. Utecht



Das Baltic University Project (BUP) bringt Menschen aus vielen europäischen Nationen durch gemeinsame Fragestellungen zusammen – an Land und auf dem Wasser (Seite 118).
Foto: Maria Hejn/Baltic University

U2 Impressum

135 Autoren gesucht

140 Neue Bücher von Kolleginnen und Kollegen

141 Neuberufene

Wissenswertes

138 Trennscharfe Unterscheidung zwischen Universitäten und Fachhochschulen kaum mehr möglich

Aus Bund und Ländern

- 132** Niedersachsen
Land erleichtert Flüchtlingen den Zugang zum Studium
- 133** Nordrhein-Westfalen
Ministerin stellt Rahmenkodex für gute Beschäftigung vor
- 134** Bayern
Synergien nutzen – Kooperationen stärken
- 135** Bund
Starke Fachhochschulen für starke Regionen
- 136** Sachsen-Anhalt
hfb-Landesverband wählt neuen Vorstand



Die Studierenden des deutsch-französischen Hochschulinstituts in Saarbrücken unternehmen durchaus auch einmal Reisen zu Fußball-Länderspielen (Seite 136).

Foto: dfhi-ISFATES

Fortsetzung ungleicher Wettbewerbsbedingungen

Hochschullehrerbund *h**l**b* weist auf die Fortsetzung ungleicher Wettbewerbsbedingungen mit der neuen BMBF-Initiative „FH-Impuls“ hin

Am 19. Juni 2015 startete die neue Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Starke Fachhochschulen – Impuls für die Region (FH-Impuls)“ mit einem Budget von bis zu 12,5 Millionen Euro pro Jahr über acht Jahre. Damit sollen vorhandene regionale Forschungsschwerpunkte an Fachhochschulen mit hohem Transferpotenzial gefördert werden, um deren Kooperationen mit regionalen Unternehmen nachhaltig anzukurbeln. Es sollen jedoch nur zehn Hochschulen für diese Förderung ausgewählt werden.

*h**l**b*-Präsident Nicolai Müller-Bromley kritisiert, dass die diskriminierende Behandlung von Forschung an Fachhochschulen durch diese Einschränkungen fortgesetzt wird. Im Kern ist eine Förderung der anwendungsbezogenen

Forschung an Fachhochschulen zu begrüßen, weil davon sowohl die geförderten Hochschulen als auch die regionale Wirtschaft profitieren.

Es bleibt zu hoffen, dass mit diesem gerade in der laufenden Planungsphase der neuen Exzellenzinitiative gestarteten Programm die Fachhochschulen nicht ruhiggestellt werden sollen. Die immer noch vergleichsweise geringen Mittel für die Forschung an Fachhochschulen werden den vorhandenen Forschungskapazitäten in keiner Weise gerecht. Stattdessen müssen Fachhochschulen bei der Fortführung der Exzellenzinitiative endlich auch zumindest in Forschungsclustern und -verbänden antragsberechtigt sein.

Die auch mit dem neuen Programm „FH-Impuls“ perpetuierte ungleiche Mittelverteilung zwischen verschiedenen Hochschularten führt zu einem unfairen Wettbewerb. Dieser Zustand ist vor dem Hintergrund, dass Fachhochschulen lediglich eine andere Ausrichtung ihrer Forschung verfolgen, die sich an der Anwendung von Forschungsergebnissen orientiert, nicht haltbar. Zumindest forschungsstarke Verbünde von Fachhochschulen dürfen nicht von der Exzellenzinitiative ausgeschlossen werden. Auch das für Fachhochschulen typische anwendungsorientierte Profil ist exzellenzfähig.

Die Pressemeldung des *h**l**b* finden Sie auf der Homepage unter [h**l**b.de/pressemitteilungen/](http://hlb.de/pressemitteilungen/)

Zögerliche Verbesserungen für Promotion von FH-Absolventen

Ein Überblick über Aktivitäten in den Bundesländern

Neue Möglichkeiten zur Promotion für geeignete Fachhochschulabsolventen finden zunehmend Eingang in die Hochschulgesetzgebung. Die bisher vom Gesetzgeber präferierte kooperative Promotion hat nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. Geeignete Absolventen von FH stießen in vielen Fakultäten der Universitäten auf diskriminierende Hürden und Professoren an FH auf eine ablehnende Haltung der Universitätskollegen. Diesen Problemen will man in **Baden-Württemberg** mit ersten neuen Ansätzen im Hochschulgesetz (HG) beikommen. Seit dem 9. April 2014 gilt dort, dass Professorinnen und Professoren von HAW in gemeinsamen Promotionsverfahren, insbesondere in Promotionskollegs, „die gleichen Rechte wie ihre Kolleginnen und Kollegen der Fakultät erhalten sollen“, d. h. im Regel-

fall „müssen“ (Hochschulgesetz in Baden-Württemberg, § 38 Absatz 6 S. 6). Außerdem können „Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer [...] in anderen Fakultäten der eigenen oder einer anderen Hochschule durch Kooptation Mitglied werden“ (HG § 22 Absatz 4 S. 2). Demnach können auch Professorinnen und Professoren von FH an Fakultäten der Universitäten als kooptiertes Mitglied aufgenommen werden und so an deren Promotionsrecht partizipieren. Neu ist auch, dass das baden-württembergische Wissenschaftsministerium einem Zusammenschluss von Hochschulen für angewandte Wissenschaften, dessen Zweck die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und

die Weiterentwicklung der angewandten Wissenschaften ist, nach evaluations- und qualitätsgeleiteten Kriterien das Promotionsrecht befristet und thematisch begrenzt verleihen kann (HG, § 76 Abs. 2 S. 2).

In **Hessen** hat die Landesregierung im Dezember 2014 einen Gesetzentwurf zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften zur Anhörung vorgelegt, der mittlerweile dem Landtag vorliegt und bereits durch den Wissenschaftsausschuss beraten wurde. Der Gesetzentwurf eröffnet die Möglichkeit zur Verleihung des Promotionsrechts an forschungsstarke Fachrichtungen der Fachhochschulen (§ 4 Abs. 3 des Hessischen HG). Im Entwurf heißt es:

„Darüber hinaus kann der Hochschule für angewandte Wissenschaften durch besonderen Verleihungsakt des Ministeriums ein befristetes und an Bedingungen geknüpft Promotionsrecht für solche Fachrichtungen zuerkannt werden, in denen sie eine ausreichende Forschungsstärke nachgewiesen hat.“ Der Landesverband sieht diese Entwicklung positiv und betont, dass FH kein Interesse an missglückten Promotionen haben können und sich der besonderen Aufmerksamkeit der Wissenschaften bewusst sind. Daher könne auf eine Befristung und Bedingungen verzichtet werden.

Die Landesregierung **Schleswig-Holstein** hat im Juni 2015 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes in den Landtag eingebracht. Danach soll ein Promotionskolleg Schleswig-Holstein eingeführt werden (§ 54a), an denen Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen im Rahmen von Forschungsteams promovieren können, die aus mindestens drei Professorinnen oder Professoren von Fachhochschulen und mindestens einer Universitätsprofessorin oder einem Universitätsprofessor bestehen. Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen können im Promotionskolleg mitwirken, wenn ihre Forschungsstärke durch eine externe Begutachtung positiv evaluiert wurde, sie eine Zweitmitgliedschaft an einer schleswig-holsteinischen Universität erworben haben oder wenn sie zusätzliche wissenschaftliche Leistungen im Rahmen einer Juniorprofessur oder durch eine Habilitation nachweisen können. Zur Qualitätssicherung werden Betreuung und Begutachtung der Dissertation in verschiedene Hände gelegt. Eine Gutachterin oder ein Gutachter muss aus einer Universität stammen. Flankierend dazu sollen durch eine Angleichung der Vorlesungszeiten an Universitäten und Fachhochschulen Kooperationen erleichtert und zusätzliche Freiräume für die Forschung an Fachhochschulen geschaffen werden.

Außerhalb der Gesetzgebung haben die Universitäten und Fachhochschulen in Bayern mit dem BayWiss ein gemeinsames Dach gebildet, unter dem auch ko-

operative Promotionen durchgeführt werden sollen. Sowohl was die Aufnahme von HAW-Absolventen in Promotionen als auch was die Betreuung dieser Promotionsprojekte durch HAW-Professorinnen und -Professoren betrifft, ist eine partnerschaftliche Kooperation vorgesehen. Zukünftig werden in den Promotionsausschüssen der Universitäten als auch bei der Begutachtung der Arbeiten gleichberechtigt HAW-Professorinnen und -Professoren eingebunden. Auf der Promotionsurkunde wird die kooperierende HAW explizit genannt.

Aus Sicht des **h**lb**** gibt es unverzichtbare Eckpunkte für die Einführung des Promotionsrechts für Fachhochschulen:

- Die den Doktorgrad vergebende und das Verfahren bestimmende Hoch-

schule muss die jeweilige Fachhochschule sein. Nur so kann die wettbewerbswidrige Abhängigkeit der Fachhochschule von ihren unmittelbaren Konkurrenten beendet werden.

- Fachhochschulen und andere Hochschulen, denen das Promotionsrecht verliehen wird, müssen die Erfüllung der qualitativen Voraussetzungen des Promotionsrechts nachweisen. Für alle Hochschulen muss die Einhaltung dieser Voraussetzungen im zeitlichen Verlauf durch ein Qualitätssicherungssystem überprüft werden.

(siehe auch Müller-Bromley, Nicolai: Fachhochschulen brauchen das Promotionsrecht. In: Analysen & Argumente. Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe 153, http://www.kas.de/wf/doc/kas_38593-544-1-30.pdf?140825103422)

Hubert Mücke

Neues aus der **h**lb****-Geschäftsstelle

Die zum 1. Januar 2015 auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung in Würzburg beschlossene Beitragsanhebung für die Bundesvereinigung des **h**lb**** zeigt erste Ergebnisse. Zum 1. Juni



Christian Fonk

konnte Dr. jur. Christian Fonk als neuer Rechtsberater gewonnen werden. Er unterstützt die Bundesgeschäftsstelle in der Berufungs- und Rechtsberatung. Gleichzeitig betreut und koordiniert er den

Rechtsschutz des **h**lb****. Durch diese personelle Verstärkung im Beraterteam kann künftig der stetig ansteigende Beratungsbedarf unserer Mitglieder und von Interessenten für eine Professur an einer Fachhochschule/HAW noch schneller bearbeitet und auch in Stoßzeiten sichergestellt werden. Vorgesehen ist ebenfalls eine weitere Verbesserung des Informationsservices zu rechtlichen Fragen für **h**lb****-Mitglieder und auf der Homepage des **h**lb****.



Myriam Froitzheim

Seit dem 1. Juli 2015 ist außerdem die Rechtsanwaltsfachangestellte Myriam Froitzheim für die Geschäftsstelle tätig. Sie nimmt Telefonate und Anfragen entgegen und arbeitet in den Bereichen

Terminvereinbarung, Mitgliederverwaltung und Dokumentation von Anfragen unserer Mitglieder. Künftig kann nun die Geschäftsstelle dem Wunsch vieler Mitglieder nach einer ganztägigen telefonischen Erreichbarkeit gerecht werden. Das Sekretariat ist montags bis freitags ganztägig von 08:30 bis 17:00 Uhr telefonisch erreichbar.

Die Namen und Zuständigkeiten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle finden Sie auf der Homepage des **h**lb**** unter [h**lb**.de/ueberuns/geschaeftsstelle/](http://hlb.de/ueberuns/geschaeftsstelle/)

Fotos: **h**lb****/Barbara Frommann

Europäische Integration und deutsche Fachhochschulen



Eckhard Freyer

Prof. Dr. Eckhard Freyer
Hochschule Merseburg
Eberhard-Leibnitz-Str. 2
06217 Merseburg
eckhard.freyer@hs-merseburg.de

Der europäische Einigungsprozess ist historisch angesichts Gefahren, Rückschritten und Scheiterns neben ökonomisch-technischen Fortschritten besonders im akademischen Bereich über Jahrhunderte entscheidend befördert worden. Aufgrund der aktuellen Euro-Krise und Sorgen um den Grexit¹ reichen derzeit die Urteile vom „Kontinent in der Krise“ bis „Kontinent der verpassten Chancen“. Doch die monetäre Integration ist nur ein Teil der Konstruktion Europas. Die Erfolgsgeschichte Europa erhielt 2012 den Friedensnobelpreis für den Beitrag der Europäischen Union, seit sechs Dekaden für Frieden und Aussöhnung zu sorgen.

Im Einigungsprozess hatte der europäische Hochschulsektor keinen hohen politischen Stellenwert. Jedoch erfordern zukünftige Herausforderungen bereits heute europäische Hochschulsystemlösungen für Probleme, die die Einzelstaaten alleine nicht lösen können. Adäquate Bildungsstrukturen könnten einen erfolgreichen demografischen Wandel der 500 Millionen Europäer und ihren Zusammenhalt in relevanten Zukunftsfeldern fördern:

- Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlergehen,
- Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, Land- und Forstwirtschaft, maritime Forschung,
- sichere, saubere und effiziente Energie,
- intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr,
- Klimaschutz, Umwelt, Ressourceneffizienz und Rohstoffe,
- Europa: integrative, innovative und reflektierende Gesellschaften,
- sichere Gesellschaften – Schutz der Freiheit und Sicherheit Europas und seiner Bürger,

- Ausweitung der Beteiligung für kohäsionspolitische Ziele,
- „Wissenschaft in der Gesellschaft“ zur Steigerung der Akzeptanz von Wissenschaft,
- Maßnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle Joint Research Centre (JRC),
- Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (Akademische Bildung, Forschung).

Europäische Hochschul-Historie und Identität

Bolognas Universität, die älteste Europas, erhielt 1158 von Kaiser Friedrich Barbarossa durch das berühmte Scholarenprivileg (*authentica habita*) eine hohe Autonomie. Allgemein ist „Die Universität ... eine, ja die europäische Institution *par excellence*: Als Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, ausgestattet mit besonderen Rechten der Selbstverwaltung, der Festlegung und Ausführung von Studienplänen und Forschungszielen sowie der Verleihung öffentlich anerkannter akademischer Grade ist sie eine Schöpfung des europäischen Mittelalters. Keine andere europäische Institution hat wie die Universität mit ihren überlieferten Strukturen und ihren wissenschaftlichen Leistungen in der ganzen Welt universale Geltung erlangt. Die Titel der mittelalterlichen Universität, wie Bakkalaureat, Lizenziat, Magistergrad, Doktorat, werden in den unterschiedlichsten politischen und ideologischen Systemen anerkannt.“² Basierend auf Latein als *Lingua franca* war die Wissenschaft fächerübergreifend im Mittelalter internationaler als heute. Ab 1970 erfolgte in Deutschland eine Bildungsexpansion, um den Anschluss an internationale Entwicklungen zu halten.³ Diese

Der europäische Einigungsprozess wird entscheidend befördert durch die Hochschulen.

Entwicklung brachte lange Studiendauern und hohe Abbrecherquoten. Daher wurde 1976 im Hochschulrahmengesetz (HRG) für alle Hochschulen neben der Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten die Entwicklung der Wissenschaften durch Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung sowie die soziale Förderung der Studierenden als Aufgaben fixiert.

Bologna-Prozess und Europäische Hochschulintegration

Aufgrund der Defizite der europäischen Hochschulsysteme galt es, einen einheitlichen europäischen, international wettbewerbsfähigeren Hochschulraum zu schaffen. Das Lissaboner Abkommen von 1997, in dem der Europarat und die UNESCO ein Übereinkommen „über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich“ in Europa beschlossen, stellte die Grundlage für den nachfolgenden Reformprozess im Hochschulwesen dar. Die Ziele des 1999 eingeführten Bolognaprozesses umfassen mehr internationale Mobilität, mehr Praxisrelevanz und bessere Lehre. Bologna forderte die Universität als „wahre Zentren der Kultur, Wissenschaft und Forschung“, als „autonome Einrichtungen“, „die Kultur vermittelt Forschung und Lehre schaffen, entfalten, hinterfragen und weiterreichen“ (Magna Charta Universitatum, 1988⁴). Am 19. Juni 1999 haben 30 europäische Staaten in der italienischen Universitätsstadt die sogenannte Bologna-Erklärung unterzeichnet. Sie legten damit den Grundstein für einen Europäischen Hochschulraum, der inzwischen 47 Mitgliedstaaten umfasst. Die Europäische Studienreform hat in ganz Europa zu weitreichenden Veränderungen der nationalen Hochschulsysteme geführt.⁵

In Großbritannien wurden die ehemaligen Polytechnics schon 1992 in das universitäre System aufgenommen. Doch diese hochschulpolitische Entwicklung will man in Deutschland nicht nachvollziehen. Vielmehr empfiehlt der Wissenschaftsrat eine weitere Differenzierung der Hochschulen und dass beide Hochschultypen mit ihrem jeweiligen Profil erhalten bleiben. Eine hochschulpolitische Aufwertung der Fachhochschulen erfolgte neben dem Erfolg der Fachhochschulen bei der Ausbildung von in der Wirtschaft nachgefragten Absolventen auch aufgrund des geringen finanziellen Aufwandes. Die Ausbildungskosten pro Absolvent liegen deutlich unter jenen an Universitäten aufgrund der geringeren Ausstat-

tung und der geringeren Bezahlung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an Fachhochschulen als an Universitäten. Basierend auf Gottfried Wilhelm Leibniz' (1646–1716) Leitsatz „Theoria cum praxi“ für wechselseitige Befruchtung und durch die Praxisorientierung ist die Bologna-Reform in deutschen Fachhochschulen besser als in vielen Universitäten umgesetzt worden. Dazu hat die „Employability“, ein integraler Teil des FH-Studiums, im Zuge des Bologna-Prozesses an Bedeutung gewonnen. Angesichts des starken Anstiegs der Studierendenzahlen blieben Betreuungsrelationen durch höheres Lehrdeputat der FH-Professuren und die zusätzlichen Mittel aus dem Hochschulpakt annähernd stabil. Doch für die Lehrenden bedeutet die Bachelor-Master-Struktur vor allem Bürokratie



Beispiel für Europäische Integration und deutsche Fachhochschulen: Prof. Dr. Eckhard Freyer nutzt die Erasmus Teaching-Mobility des EU-Life-Long-Learning-Programme (LLP) in Antwerpen, 14.–17. Oktober 2014, Karel de Groot-Partnerhochschule, <http://www.kdg.be/> Foto: privat

und Prüfungsbetreuung statt Wissenschaft, Forschung und akademische Freiheit. Die Bolognareform hat europäischen Studierende den Weg ins Ausland erleichtert: Laut Bundesregierung studieren knapp 140.000 Deutsche an ausländischen Hochschulen – fast dreimal mehr als zu Beginn der Bolognareform. Deutsche Studenten sind im Vergleich der absoluten Zahlen weltweit am mobilsten, heißt es im Bericht zur Umsetzung des Bologna-Prozesses für die Jahre 2012 bis 2015.

Aktuelle Bildungsbiografien brauchen differenzierte Wege, um zu einem akademischen Abschluss zu gelangen. Das erfordert europäische Hochschulen, die sich auf andere Ziele als auf Spitzenforschung spezialisieren, vielmehr auch auf lebenslanges Lernen oder auf die Förderung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern aus bildungsfernen Familien.

Hochschulen müssen heute auch Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten, dazu in ihrer Region Innovation fördern und einer unternehmerischen Gründerkultur den Boden bereiten. Es gilt, europäische Citizenship für gesellschaftliche und menschliche Entwicklungen der Studierenden zu fördern und ihr Bewusstsein für gemeinsame Werte und Zugehörigkeit neben dem fachlichen Studium auch mit außeruniversitären Aktivitäten. Auf europäischer Ebene wurde ein Referenzrahmen an Schlüsselkompetenzen als Maßgabe der europäischen Bildungspolitik entwickelt. Die Menschen in einer Wissensgesellschaft benötigen für ihre persönliche Entfaltung sowie den sozialen Zusammenhalt und ihre Beschäftigungsfähigkeit muttersprachliche, fremdsprachliche und mathematische Kompetenz sowie grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz, Computerkompetenz, Lernkompetenz, soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz, Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz sowie Kulturbewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit (vgl. Europäische Kommission 2007).

Digitalisierung der Hochschulen

Die zunehmende Digitalisierung erfordert, die Studierenden bestmöglich im Hörsaal oder in sozialen Netzwerken zu fördern. Als Anerkennungs- und Transfersysteme haben European Community Course Credit Transfer System (ECTS) sowie „Diploma Supplement“ die Integration in Europa beschleunigt. Das Europass-Rahmenkonzept besteht aus fünf Dokumenten, die den Bürgern Europas helfen sollen, ihre Qualifikationen und Kompetenzen transparent und vergleichbar auch über Ländergrenzen hinweg darzustellen. Ziel ist es, die Mobilität zum Lernen und Arbeiten innerhalb der Europäischen Union zu vereinfachen und zu fördern. Durch die Verbesserung der transnationalen Informationen zur Erleichterung der akademischen Anerkennung, verbunden mit einem Bedeutungswandel der Fremdsprachen und Interkulturalität, wurden kompatible Studienstrukturen und -abschlüsse geschaffen. Die Lernprozesse verändern sich grundlegend durch die Digitalisierung und durch Innovationen in der Lehre.

Auch die Bedeutung der virtuellen Mobilität für den tertiären Bildungssektor, Initiative E-Learning der Europäischen Kommission, Transnationale virtuelle Mobilität an deutschen Hochschulen und das Thema Open Access sind wichtige wissenschaftspolitische Themen. Derzeit befindet sich die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Verlagen in einem grundsätzlichen Wandel. Hochschulbibliotheken dürfen Bücher digitalisieren und sie in digitaler Form zur Verfügung stellen, entschied der Bundesgerichtshof. Die Digitalisierung von Bibliotheksbeständen etc. und die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens sowie die Zukunft des wissenschaftlichen Kommunikationssystems sind zukunftsweisend für die Entwicklungen und Wechselwirkungen von Digitalisierung und Ökonomisierung des Wissenschaftssys-

tems. Bedingt durch einander überlagernde Entwicklungsprozesse wie Digitalisierung, Ökonomisierung, steigende Reflexivität sowie Medialisierung unterliegt das wissenschaftliche Kommunikationssystem einer erheblichen Veränderungsdynamik. Dabei zählt nicht mehr nur das Lesen, sondern auch die Auswertung von Texten. Es gibt Entwicklungen der Verknüpfung zwischen Publikationen mit Forschungsdaten, um einerseits eine stärkere Nachvollziehbarkeit der Forschungsergebnisse und andererseits auch eine Nachnutzbarkeit der Daten herzustellen. Dadurch eröffnen sich den europäischen Hochschulen neue Horizonte sowie Lern- und Lehrformen wie MOOC.⁶

Perspektiven der europäischen Hochschulbildung

Im europäischen Hochschulbereich vollzieht sich gegenwärtig eine Welle der Expansion, die weit über bisherige Wachstumsprozesse hinausgeht. Als Ausbildungsauftrag der Hochschulen kommen neue Einrichtungen des lebenslangen Lernens hinzu, z. B. das berufsbegleitende Studium. Der Beschluss der Qualifizierungsinitiative für Deutschland von Bund und Ländern von 2008 gilt als bildungspolitischer Konsens, die Studienanfängerquote mit dem Ziel von 40 Prozent der Alterskohorte zu erhöhen. Auch der Anteil ausländischer Studierender in Deutschland hat sich seit 1996 verdoppelt: Laut OECD-Statistik studieren nur in den USA und Großbritannien mehr Gaststudenten. Dabei ist die akademische Zukunft der Europäischen Union gestaltungswert. Weder gibt es eine Zielperspektive noch Klarheit über die Grenzen der EU. Nach Artikel 49 des EU-Vertrages ist die Union für alle europäischen Staaten offen. Basierend auf der Historie erfordert die Idee der europäischen Einigung in der heutigen Zeit, lebenswerte Hochschulräume für die Zukunft Europas zu schaffen.

Das EU-Förderprogramm Horizont 2020 mit 77 Milliarden Euro ist im Januar 2014 angelaufen und auf sieben Jahre angelegt. Dieses Programm für Forschung, Entwicklung und Innovation hat drei Säulen:

- „Exzellente Wissenschaft“: die europäische Forschung stärken.
- „Industrielle Führungsrolle“: Europa soll für industrielle Investitionen und Forschung attraktiver werden.
- „Gesellschaftliche Herausforderungen“: demografischer Wandel oder Klimawandel.

Horizont 2020 bündelt die bisherigen Förderprogramme der EU und fördert Projekte von der Grundlagenforschung bis zur Markteinführung. Es ist deutlich stärker auf die praktische Anwendung der Forschungsergebnisse ausgerichtet. Daher sind Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen angesprochen. Deutschland ist beim Abrufen von EU-Fördergeldern Spitze. Dabei unterhalten deutsche Unis eigene Büros in Brüssel, um Mittel der EU-Forschungspolitik einzuwerben.⁷

Europäische Integrationsperspektiven

Das Europäische Parlament errichtet in Brüssel das Haus der europäischen Geschichte, in dem sich die Besucher über die Geschichte Europas informieren und kritisch mit Gegenwartsfragen auseinandersetzen können. Mitte der 1990er-Jahre wollte man diese historische Darstellung Europas mit Karl dem Großen beginnen lassen. Durch den Protest der Griechen, die Geschichte Europas im alten Athen beginnen zu lassen, konzentriert man sich nun auf das 20. Jahrhundert. Die europäische Einigungsgeschichte beginnt in ihrer ganzen Komplexität mit der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs sowie

des selbstzerstörerischen Zweiten Weltkrieges. Die in den 1920er-Jahren vergebliche Idee von einem einigen Europa gilt es angesichts aktueller Herausforderungen besonders heute in den deutschen und europäischen Hochschulen zu fördern.⁸ ■

Literatur

- Bologna-Erklärung (1999): Der Europäische Hochschulraum – Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister, 19. Juni 1999, Bologna. https://www.bmbf.de/pubRD/bologna_deu.pdf vom 30.06.2015.
- Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Bologna-Prozesses 2012–2015 in Deutschland, Berlin 2015.
- European Commission: http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/index_en.htm
- European Commission: <http://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/h2020-sections>, http://europa.eu/about-eu/basic-information/eu-nobel/index_de.htm, Aktualisierungsdatum: 30.06.2015
- Freyer, Eckhard: European Financial Integration, Transformation in CEE and Accession of Cyprus, Nicosia 1998, S. 67 ff., EU Economic and Political Cohesion after Enlargement. In: EU-Enlargement, Papacosma/Theophanous, Nicosia 2004. S. 57 ff. Aspekte der Eurokrise; Universität Tallin/Tartu, Estland, 26.–30.06.2014; <http://www.kas.de/estland/de/events/59734>
- International Society for Comparative Economic Studies (ISCES): Dimensions of Change in Europe/Universität Göttingen/HS Merseburg, 6-2011. <http://gfa.hof.uni-frankfurt.de/arno/cfp-arno10.pdf>
- ISCES: Digitale Revolution 2015: Finding Europe. <https://re-publica.de/session/co-creating-europe>
- Europa braucht im Wissenschaftsjahr 2015 kreative Menschen, um die Zukunft zu gestalten.
- ISCES: Zukunft der akademischen Mobilität in Europa, um Hindernisse bei der Mobilität von Studierenden und Lehrenden zu überwinden. <http://europa.eu/youth/eyw>: Erasmus-Statistiken. Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). eu.daad.de, erasmus@daad.de

- 1 Bereits 1949 schreibt Jacques Rueffs Vision: „L'Europe se fera par la monnaie ou ne se fera pas“: Zitat nach: Wagener, Hans-Jürgen; Eger, Thomas; Fritz, Heiko: Europäische Integration. Recht und Ökonomie. Geschichte und Politik, München 2006, S. 511. Deutsche Übersetzung nach SVR (2010), S. 89: Europa wird durch die Währung gelingen oder es wird überhaupt nicht gelingen. Vgl. European Commission: http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/index_en.htm, Aktualisierungsdatum: 30.06.2015 und Bundeszentrale für Politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 43/2010): Europa und der Euro.
- 2 Rüegg, Walter: Vorwort. Die Universität als europäische Institution. In: Rüegg, Walter (Hrsg.): Geschichte der Universität in Europa. Bd. I, München 1993, S. 13 f.
- 3 Vgl. u. a. Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe, Olten 1964.
- 4 Die „Magna Charta Universitatum“ soll grundlegende Prinzipien im universitären Leben festlegen, um die Idee der Hochschule zu schützen. Als fundamentale Grundsätze gelten dabei Unabhängigkeit, akademische Freiheit und intensives Zusammenspiel von Forschung und Lehre. Geschichtlich begründet wird versucht, die Basisanforderungen für eine zukünftige Universitätsentwicklung zu formulieren. <http://www.magna-charta.org/library/userfiles/file/mc>
- 5 <http://www.bmbf.de/de/3336.php>
- 6 Massive Open Online Course: kostenlose Onlinekurse auf Universitätsniveau für große Teilnehmerzahlen. Sie kombinieren traditionelle Formen der Wissensvermittlung wie Videos, Lesematerial und Problemstellungen mit Foren, in denen Lehrende und Lernende miteinander kommunizieren und Gemeinschaften bilden. Bsp.: <http://www.tum.de/studium/weiterbildung/oeffentlichkeit/moocs/>
- 7 Als Beispiel ist die Science-with-and-for-Society-Ausschreibung 2015 seit April 2015 gestartet; GARRI.10.2015 – European Ethics and Research Integrity Network, <http://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/> Aktualisierungsdatum: 30.06.2015.
- 8 <http://www.europarl.europa.eu/visiting/de/visits/historyhouse.html> und http://ec.europa.eu/education/news/2015/0512-bologna-process_en.htm, Aktualisierungsdatum: 30.06.2015.

Das Baltic University Programme: ein Hochschulnetzwerk für die Kooperation mit EU- und Nicht-EU-Ländern



Walter Leal

Prof. Dr. Walter Leal
Forschungs- und Transferzentrum „Applications of Life Sciences“
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
Fakultät Life Sciences
Ulmenliet 20
21033 Hamburg
E-Mail: walter.leal@haw-hamburg.de

Es gilt als allgemein anerkannt, dass Hochschuleinrichtungen im Allgemeinen und Universitäten im Besonderen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Prinzipien und dem Erreichen der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung spielen können und sollten. Dafür gibt es drei Hauptgründe:

1. Sie leisten einen einzigartigen Beitrag zur Ausbildung von Fachleuten und Entscheidungsträgern und formen Generationen von Fachleuten.
2. Sie handeln als wichtige Forschungszentren und befinden sich daher für die Durchführung von Grundlagen- und Aktionsforschung in einer einzigartigen Position, wodurch eine Verbesserung der Art und Weise, wie Nachhaltigkeit wahrgenommen und ausgeübt wird, erreicht werden kann.
3. Sie generieren und verbreiten neue Erkenntnisse und Einsichten für verschiedene Interessengruppen in der Gesellschaft.

Beim Baltic University Programme (BUP) handelt es sich um ein Netzwerk, das versucht, die Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung zwischen Hochschulen zu fördern. Im Jahr 1999 hat das BUP seine Tätigkeit als Plattform für Zusammenarbeit zwischen den Universitäten, ihren Mitarbeitern und Studierenden aufgenommen, wobei der Schwerpunkt auf einer nachhaltigen Entwicklung im Ostseeraum lag. Gegenwärtig zählt das BUP im gesamten Ostseeraum 232 Mitglieder in Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden, Slowakei und der Tschechische Republik sowie Russland, Weißrussland und der

Ukraine. Das Sekretariat für Koordinierung der Baltischen Universität befindet sich im Zentrum für nachhaltige Entwicklung in Uppsala, Fachbereich Geowissenschaften der Universität Uppsala.

Das BUP erfüllt seine Aufgaben auf unterschiedliche Weise: durch die Organisation von Konferenzen und Kursen für Lehrende und Studierende sowie durch die Entwicklung neuer Kursmaterialien und gemeinsamer Projekte. Mit diesen Tätigkeiten ist es als Leuchtturmprojekt im Rahmen der EU-Strategie für den Ostseeraum gut aufgestellt, bei der BUP die Aufgabe der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Hochschuleinrichtungen in der Region zugewiesen wurde.

Das BUP hat bisher Lehrmaterialien für zahlreiche Kurse ausgearbeitet, u. a.: Umwelt im Ostseeraum, Ein nachhaltiger Ostseeraum, Englisch für Umweltwissenschaften, Umweltmanagement und Umweltwissenschaften, Nachhaltige Wasserwirtschaft, Ökosystemgesundheit und Nachhaltige Landwirtschaft. Neue Kursmaterialien im Bereich Nachhaltige Entwicklung stehen nun auch online zur Verfügung (<http://www.balticuniv.uu.se/sustainabledevelopment-course>).

Bei den Kursen handelt es sich um Bachelor- und Masterstudiengänge sowie um spezialisierte Kurse für Fachleute und Lehrende. Die Aufgabe des Baltic University Programmes besteht

Im BUP-Netzwerk arbeiten über 200 Hochschulen aus dem Ostseeraum und darüber hinaus zusammen. Sie entwickeln gemeinsame Lehrmaterialien und führen Kurse für Lehrende und Studierende durch. Die Kooperation stellt damit ein Leuchtturmprojekt der EU-Ostseestrategie dar.

darin, eine reichhaltige Lernumgebung mit Büchern, Filmen, Internetseiten und Konferenzen zu schaffen, um die Entwicklung der Region zu fördern. Die Kurse werden von jeder Universität in dem Netzwerk separat durchgeführt. Während die Kursmaterialien über das Programm erstellt und verteilt werden, melden sich die Studierenden für die Kurse an ihrer Heimatuniversität an. Somit können Credit Points (CPs) erworben werden.

Die Studiengruppen in dem Netzwerk werden durch Studierendenkonferenzen, Summer Camps und das Internet verbunden. Zudem organisiert BUP jedes Jahr Fortbildungskurse für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, um einen guten Wissensstand aufrechtzuerhalten und neuen Dozenten eine Einführung in BUPs Materialien und Kurse zu bieten. Im Jahr 2013 studierten in den BUP-Kursen 8.193 Studierende in insgesamt 282 Kursgruppen an

153 Universitäten in der gesamten Ostseeregion. Ca. 265 Hochschullehrer halfen bei der Bereitstellung dieser Kurse.

Die Lehrmaterialien der Baltischen Universität werden in Übereinstimmung mit den allgemeinen Kursbeschreibungen an den Universitäten verwendet, teilweise jedoch auch als Module und ergänzende Materialien für bestehende Kurse. Die Zentren der Baltischen Universität in jedem Land erheben statistische Angaben über die Universitäten in dem Netzwerk von den Lehrenden. In den vergangenen drei Jahren lag die Teilnehmerzahl der Kurse der Baltischen Universität bei durchschnittlich 8.600 Studierenden.

Zudem nahmen viele Studierende an Studierendenkonferenzen und Kursen für SAIL (Nachhaltigkeit angewendet auf Internationales Lernen) und SWM (Nachhaltige Wasserwirtschaft) teil.

Abschließend ist festzuhalten, dass das Baltic University Programme schätzungsweise 100 Doktoranden pro Jahr betreut. Diese langfristige Zusammenarbeit sowie die geografisch weit verbreitete und zahlenmäßig große Mitgliedschaft haben sich zu einer soliden Basis entwickelt, die Möglichkeiten für eine weitere Zusammenarbeit sowie für neue Tätigkeiten und Projekte bietet. Im Jahr 2013 wurden zwei neue Kurse eingeführt: ein Doktorandenkurs und ein PhD Award.

Die Studierenden sind dazu eingeladen, an Summer Camps, Segeltörns und anderen von den teilnehmenden Universitäten und dem Sekretariat des Baltic University Programmes organisierten Veranstaltungen teilzunehmen. Zur Förderung der internationalen Verständigung und Demokratieentwicklung werden regelmäßig Studierendenkonferenzen organisiert. Seit dem Jahr 2008 hat das BUP sowohl im Frühjahr als auch im Herbst zahlreiche Studierendenkonferenzen durchgeführt. Eine dieser Konferenzen ist der BUP-Sommerkurs, der regelmäßig im September von der HAW Hamburg und der Hochschule Zittau-Görlitz organisiert wird und an dem jeweils ca. 40 Studierende aus dem gesamten Ostseeraum teilnehmen.

Bislang erzielte Fortschritte

Bei den im Rahmen des BUP-Netzwerks geführten Gesprächen werden u. a. zahlreiche Standpunkte ausgetauscht sowie intensive Verhandlungen geführt. Die BUP-Mitgliedsuniversitäten vertreten häufig die gleiche Position und nutzen die Möglichkeiten, ein erneuertes politisches Engagement bezüglich nachhaltiger Entwicklung auf allen Ebenen sicherzustellen.

Zu diesem Zweck hat das BUP verschiedene Beiträge zur EU-Ostseestrategie



Nomen est omen: Beim Kurs SAIL – Sustainability Applied to International Learning 2014 ging es an Bord des Segelschiffs „Frederik Chopin“ aufs Wasser. Foto: Anne Ala-Pöllänen/Baltic University

vorgelegt, in denen das Konzept einer grünen Wirtschaft betont und ein Plan mit genauen Zielen, Absichten und Maßnahmen für den Ostseeraum vorge-schlagen wird. Der Plan für eine grüne Wirtschaft umfasst beispielsweise Bereiche wie nachhaltige Energie, Wasser, nachhaltige Bodenbewirtschaftung und Ökosysteme, Ozeane und Ressourceneffizienz, insbesondere Abfall, Lebensmittel, Ernährung, nachhaltige Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft, nachhaltige Stadtentwicklung und Chemikalien sowie die Bereiche der nachhaltigen Verwaltung und Wiederherstellung von natürlichen Ressourcen. Der Plan umfasst zudem übergreifende Themen wie Kapazitätsaufbau.

Ein weiterer Beitrag des BUP besteht in der Betonung des Verbesserungsbedarfs im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und eines effektiveren institutionellen Rahmens auf internationaler Ebene bezüglich nachhaltiger Entwicklung, einschließlich einer stärkeren Verbindung zwischen den Universitäten in der Region.

Ein Hauptprodukt des BUP sind die angebotenen Fortbildungskurse. Im Rahmen des BUP werden verschiedene Masterstudiengänge durchgeführt, die anerkennen, dass die Verringerung der Armut, die Änderung von nicht nachhaltigen und die Förderung von nachhaltigen Konsumgewohnheiten und Produktionsverfahren sowie der Schutz und das Verwalten des Bestands an natürlichen Ressourcen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung übergeordnete Ziele und wesentliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung darstellen. Sie bekräftigen zudem die Notwendigkeit, durch die Förderung eines nachhaltigen, integrierten und ausgewogenen Wirtschaftswachstums die Schaffung besserer Möglichkeiten für alle, die Reduzierung von Ungleichheiten, die Verbesserung des grundlegenden Lebensstandards, die Förderung einer ausgewogenen sozialen Entwicklung und Eingliederung eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Zudem wird in den BUP-Kursen häufig die Notwendigkeit der Förderung einer integrierten und nachhaltigen Bewirt-

schaffung natürlicher Ressourcen und der Ökosysteme wiederholt, die unter anderem eine wirtschaftliche, soziale und menschliche Entwicklung unterstützt, während die Erhaltung des Ökosystems sowie die Regeneration, Wiederherstellung und Belastbarkeit angesichts neu entstehender Herausforderungen vereinfacht werden.

Vor Kurzem hat die in Visby im Jahr 2014 abgehaltene Rektorenkonferenz den Weg für eine engere Zusammenarbeit zwischen den BUP-Mitgliedern geebnet und die Bedeutung der Zusammenarbeit bei EU-Projekten betont.

Künftige Entwicklungen

Das BUP wird in den kommenden Jahren fünf Prioritätsgebiete verfolgen:

Gebiet 1 – Beschäftigung

Die wirtschaftliche Rezession hat sowohl die Quantität als auch die Qualität der Arbeitsplätze beeinträchtigt. Für die 190 Millionen Arbeitslosen und für mehr als 500 Millionen Arbeitssuchende in den nächsten zehn Jahren sind die Arbeitsmärkte von wesentlicher Bedeutung, nicht nur für die Erzeugung und Generierung von Wohlstand, sondern gleichermaßen für dessen Verteilung. Wirtschaftliches Handeln und die Sozialpolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind für den sozialen Zusammenhalt und die soziale Stabilität wichtig. Zudem ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Arbeit auf die Anforderungen der natürlichen Umwelt ausgerichtet ist. Bei „grünen Arbeitsplätzen“ handelt es sich um Stellen in der Landwirtschaft, der Industrie, im Dienstleistungsbereich und der Verwaltung, die einen Beitrag zur Erhaltung und Wiederherstellung der Qualität der Umwelt leisten.

Gebiet 2 – Energie

Bei fast allen großen Herausforderungen und Möglichkeiten, denen die Welt heute gegenübersteht, spielt Energie eine wichtige Rolle. Sei es für Arbeitsplätze, Sicherheit, Klimawandel, die Lebensmittelproduktion oder steigende Einkommen – der Zugang zu Energie ist stets von zentraler Bedeutung. Nachhaltige Energiequellen sind notwendig für die Stärkung der Volkswirtschaften, den Schutz der Ökosysteme und die Schaffung von Gerechtigkeit. Im Rahmen des BUP wird eine Strategie verfolgt, mit der Zugang zu modernen Energiedienstleistungen, Effizienzverbesserung und eine stärkere Nutzung von erneuerbaren Energiequellen sichergestellt wird.

Gebiet 3 – Städte

Die Städte bilden ein Zentrum für Ideen, Handel, Kultur, Wissenschaft, Produktivität, soziale Entwicklung und vieles mehr. Sie bieten den Menschen im besten Fall Möglichkeiten für Fortschritt auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene. Es bestehen jedoch viele Herausforderungen bezüglich der Erhaltung der Städte, sodass die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand fortgesetzt wird und gleichzeitig Land und Ressourcen nicht belastet werden. Zu den gemeinsamen Herausforderungen der Städte gehören Überlastung, fehlende Mittel zur Bereitstellung der grundlegenden Leistungen, ein Mangel an angemessenen Wohnungen sowie die Verschlechterung der Infrastruktur. Es bestehen verschiedene Möglichkeiten zur Überwindung der Herausforderungen, denen die Städte gegenüberstehen und die es ihnen ermöglichen, weiterhin zu gedeihen und zu wachsen, während die Ressourcennutzung verbessert

wird und die Verschmutzung und Armut reduziert werden.

Gebiet 4 – Lebensmittel

Es wird Zeit, dass wir überdenken, wie wir unsere Lebensmittel anbauen, teilen und konsumieren. Wenn wir dies richtig machen, können die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Fischerei nahrhafte Lebensmittel für alle bereitstellen und angemessene Einkommen generieren, während eine am Menschen orientierte Entwicklung des ländlichen Raums unterstützt und die Umwelt geschützt wird. Gegenwärtig verschlechtern sich die Qualität unserer Böden, des Süßwassers, der Ozeane, der Wälder und die Biodiversität jedoch rasant. Durch den Klimawandel werden die Ressourcen, von denen wir abhängig sind, noch stärker belastet. Der Sektor Lebensmittel und Landwirtschaft bietet wichtige Lösungen für die Entwicklung und spielt eine zentrale Rolle bei der Reduzierung von Hunger und Armut.

Gebiet 5 – Wasser

Sauberes, zugängliches Wasser ist für alle ein wesentlicher Teil der Welt, in der wir leben möchten. Es steht ausreichend frisches Wasser auf dem Planeten zur Verfügung, um diesen Traum zu ver-

wirklichen. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage oder schlechter Infrastruktur sterben jährlich Millionen von Menschen, meistens Kinder, an Krankheiten im Zusammenhang mit unzureichender Wasserversorgung, unzureichenden sanitären Einrichtungen und Hygieneverhältnissen. Wasserknappheit, schlechte Wasserqualität und unzureichende sanitäre Einrichtungen haben negative Auswirkungen auf die Lebensmittelsicherheit, die Wahlmöglichkeiten bezüglich der Existenzgrundlage und die Bildungschancen für arme Familien in der ganzen Welt.

Das Ziel des BUP besteht darin, dass die Universitäten eindeutige und zielgerichtete praktische Maßnahmen zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung ergreifen, insbesondere bezüglich der oben genannten fünf Prioritätsgebiete, die auf den vielen Erfolgsbeispielen der letzten 20 Jahre beruhen. Zu den Fakten, von denen die Erörterungen beim BUP geleitet wurden, gehörten:

1. Heute leben sieben Milliarden Menschen auf der Erde – bis zum Jahr 2050 werden es neun Milliarden sein.

2. Jeder Fünfte, also 1,4 Milliarden Menschen, lebt gegenwärtig von 1,25 Dollar oder weniger pro Tag.
3. Weltweit haben 1,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu elektrischem Strom.
4. 2,5 Milliarden Menschen haben keine Toilette.
5. Fast 800 Millionen Menschen müssen täglich hungern.
6. Treibhausgasemissionen steigen weiterhin und mehr als ein Drittel aller bekannten Arten könnte aussterben, wenn sich der Klimawandel ungebremst fortsetzt.

Neben den Projekten werden die BUP-Initiativen von verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen, Seminaren, Ausstellungen, Sommerkursen und Messen begleitet, die von einer Vielzahl von Partnern organisiert werden. In den folgenden Bereichen werden künftig Fortschritte erwartet:

- stärkere Ausrichtung auf die Umsetzung mit einem Schwerpunkt auf der Integration der nachhaltigen Entwicklung in Universitätsprogramme,
- Schwerpunkt auf sozialen Fragen, insbesondere Reduzierung der Armut,
- stärkere Berücksichtigung von Themen bezüglich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz und
- Schwerpunkt auf der Entwicklung von Kompetenzen, Fähigkeiten und Kenntnissen, die für den Aufbau einer nachhaltigeren Gesellschaft erforderlich sind.

Schließlich werden die Hochschulen, die im BUP-Mitglieder sind, sich dafür einsetzen, Studierende im ganzen Ostseeraum zu ermutigen, sich für eine nachhaltige Entwicklung und noch aktiver an lokalen, nationalen und globalen Prozessen zu beteiligen. ■



Auch Tagungen für Studierende finden im Rahmen des Baltic University Projects statt, wie hier 2014 in Rogow, Polen.
Foto: Krzysztof Ciesielski/Baltic University

Sie kennen nur Europas Krise – Eine Reflexion zum Studiengang Europäisches Management



Marco Althaus

Prof. Dr. Marco Althaus
 Professor für Sozialwissenschaften (Schwerpunkt Europa- und Wirtschaftspolitik)
 Fachbereich Wirtschaft, Informatik und Recht
 Technische Hochschule Wildau
 Hochschulring 1
 15745 Wildau
 marco.althaus@th-wildau.de

Es gab schon bessere Zeiten, um jungen Betriebswirten Lust auf eine Zukunft als „Europäische Manager“ zu machen – mit einem selbstbewussten großen E wie im Studiengang „Europäisches Management“ an der TH Wildau bei Berlin. In Bachelor und Master lehre ich dort seit neun Jahren Europapolitik und EU-Wirtschaftspolitik – den Großteil dieser Jahre als Krisen-Erklärer.

Die meisten der heute Studierenden haben ein Grundvertrauen in die Routine der Europäischen Union. Sie war ja immer schon da, ihr ganzes Leben lang, mit Vorteilen und Vorschriften. Doch da ist auch Grundskepsis. Denn „Generation Y“ kennt ja nur Krise. Den gesamten Wirtschaftsraum hat sie nie im gemeinsamen Boom erlebt. Die Studierenden sahen stets nur, wie Arbeitsmärkte, Wohlstand und soziale Sicherheit auseinanderlaufen. Sie wissen, Deutschland lebt zurzeit auf der Sonnenseite. Aber sie kennen auch die grassierende Arbeits- und Perspektivlosigkeit unter Gleichaltrigen in der „verlorenen Generation“ der PIIGS-Krisenländer. Europas ökonomische Konvergenz halten sie für ein Märchen. Zerrissenheit, nicht Zusammenwachsen ist für sie wirtschaftliche EU-Wirklichkeit. Und der politische Normalzustand der Union, der besteht für sie aus Zank, Zweifeln und Irrfahrten ohne Ziel.

Für europaorientierte Studiengänge ist etwas Wichtiges weggebrochen: die traditionelle Narrative der „Ever Closer Union“. Das war eine glaubhafte Vorwärtsvision auch für Wildauer Studierende: Sie koppelte persönliche Zuversicht auf die Karriere als „Europäischer Manager“ mit positiver Haltung zu mehr Integration. Die Story hatte strategische Relevanz für alle Europastudien-

angebote. Nun drohen Inspiration und Legitimation von der Kette zu springen. Wo Kraft war, tritt man ins Leere. „Europa ist wie ein Fahrrad, hält man es an, fällt es um“: Jacques Delors’ Diktum gehörte einst in jeden Hörsaal. Wer sich weiter auf den wackligen, ausgefranzten Sattel der Fahrradtheorie setzt, riskiert böse Stürze oder wenigstens stumpfe Blicke. Dass die EU immer weiter irgendwohin vorwärtsfahren muss, finden immer weniger Studierende schlüssig. Nicht einmal eingefleischte Europafans tun das.

Europafans gibt es allerdings auf dem deutschen Campus immer seltener. Laut dem 12. Studierenden survey des Bundesbildungsministeriums stimmten 2013 nur 35 Prozent der Uni- und FH-Studenten dem Politikziel „politische und wirtschaftliche Integration Europas“ eindeutig zu. 2004 lag der Wert noch bei 48 Prozent.¹ Der nächste Survey 2016 wird zeigen, ob sich das Meinungsklima wieder aufhellt.

Als Europa noch eine Erfolgsstory war

Der Kontrast zur Vergangenheit ist riesig, auch für die TH Wildau. Im Herbst 2003 stiegen die ersten 29 Bachelor-Studierenden ins „Europäische Management“ (EM) ein. Die Mensa akzeptierte neuerdings Euros. Der Binnenmarkt feierte die erste Dekade. Ein Kontinentalkonvent enthüllte das Grand Design einer EU-Verfassung. Bei Semesterbeginn war die EU 50 Minuten östlich von Wildau zu Ende; etwas später

Zeitgeist und Umfeld für Europa-Studiengänge haben sich massiv verändert. Sie brauchen schärfere Profile und müssen ihren Studierenden mehr Mut machen.

konnte man sieben Stunden lang weiter ostwärts fahren und blieb doch in der Union. Zehn Flaggen und 75 Millionen Neubürger traten ihr bei, Fernsehgalas gab es und Feuerwerk an den Grenzen. Der Konvoi schloss sich auch der kühnen Lissabon-Strategie an: „wettbewerbsfähigster und dynamischster wissensgestützter Wirtschaftsraum der Welt“ wollte die EU werden. Bis 2010!

Deutschland wand sich damals in Agonie: Rekordarbeitslosigkeit, Rezession, Reformstau. Jahrelang war die Wirtschaft im EU-Vergleich extrem schwach gewachsen, die Pro-Kopf-Leistung sank unter den EU15-Schnitt. Die Staatsfinanzen barsten. Der große Defizitsünder der Eurozone bat die Aufseher um Milde. Dass irgendwer vom Standort D lernen könnte, schien absurd. Nein, Berlin ließ Experten ausschwärmen, um für die „Agenda 2010“ Reformrezepte in ganz Europa zu besorgen. Europa war Lösung, nicht Problem. „Kontinent der Chancen“, daran setzte man Ausrufe-,

keine Fragezeichen. Europa hieß Employability. Wer Wirtschaft „europäisch“ studierte, lief im Zeitgeist. Europa-Studiengänge aller Art schossen wie Pilze aus dem Boden. Fachhochschulen hatten europäische Verwaltungs-, Kultur- oder Sozialwirte im Sinn, häufiger hingegen bodenständige Betriebswirte für den expandierenden Binnenmarkt. Global ambitionierte Hochschulen sahen ihre Absolventen mit Säcken voller Euros unter Europas stolzer Handelsflagge an alle fernen Küsten segeln.

Europäisches Management – ein ungeklärtes Leitbild

Mit Europas Vielfachkrisen kehren alte Fragen für Lehre und Studium zurück, die sich schon immer stellten, aber früher leicht wegwischen ließen. Dazu gehört die Kernfrage, welchen Sinn ein durch Abschlussgrade veredeltes Lehr- und Lerngebiet „Europäisches Management“ (EM) hat und wieso es mehr ist

als eine blaugoldenen vermarktete Geschmacksrichtung des „Internationalen Managements“. Argumente dagegen sind scharf wie Rasierklingen: Die Wirtschaftswelt tickt klar global. Europa wird schrumpfen, stagnieren und selbst im USA-Tandem kein Spiel- und Regelmacher mehr sein. Immer lauer wird seine Strahlkraft auf Asien, Afrika und Lateinamerika. Ein ins Euro-Koordinatensystem gepferchtes Curriculum marginalisiert sich selbst. Es macht sich jener Nabelschau schuldig, die sich Europas Wirtschaft nicht mehr leisten kann. Arbeitgeber können solche Absolventen nicht wollen. Solche Kritik kann nur kontern, wer eine robuste Haltung zu Europas Stärken, Chancen und Krisenresilienz hat; und wer explizit sagt, was „Europäisches Management“ und „Europäische Manager“ ausmacht. Das ist auch für uns gar nicht so einfach. Der Studiengang basierte stets auf Sowohl-als-auch, vor allem im Bachelor:



Zehn Nationalitäten auf dem Fahnentreppchen: Wildauer Master-Studierende im Foyer des Brüsseler Plenargebäudes des Europäischen Parlaments

Foto: P. Manderscheid

Er sollte kaum Abstriche am ordentlichen deutschen Betriebswirt machen, aber für das Ausland vorbereiten, wo immer das liegt. Es war eine pragmatische Haltung, zumal ultrakonsequentes Durcheuropäisieren für einige Fächer schlicht keinen Sinn ergibt.

Generalistische Studiengänge bleiben bei Ausbildungs- und Berufszielen oft wolkig. Da sind wir keine Ausnahme. Studienordnung, Akkreditierungspapier und Werbung sprechen davon, Kenntnisse „mit europäischem und internationalem Bezug“ und „gemeinsame europäische Rahmenbedingungen“ zu vermitteln. Was „Europäisches Management“ genau ist, wird nirgendwo explizit gesagt. Das muss sich eine Studentin aus dem Curriculum zusammenreimen: kaufmännische Grundlagen mal mit, mal ohne internationale Komponenten, ein Sortiment von „Europakompetenzen“ aus Recht und Politik, Interkulturelles, Sprachen, möglichst viele Kurse auf Englisch. Im strammen Lehrplankorsett werden so gut es geht Auslandspflichtpraktika, Auslandssemester, Studienfahrten und Planspiele eingeschoben. Live-Erfahrung im Ausland zahlt viel aufs Qualifikationskonto ein, ebenso der Umgang mit Kommilitonen, die aus dem Ausland zu uns kommen. Unsere Hörsäle sind in wenigen Jahren deutlich multinationaler geworden. Der Anteil der Gäste aus der EU ist oft kleiner als der der Reisepässe ohne den Sternkreis. Das verstärkt eher die globale Perspektive (und vermeidet die Nabelschau).

Wie europäisch Module tatsächlich ausfallen, ist nicht nur eine Frage vorfixierter Inhalte, sondern auch der Lehrpraxis und des Personals. Das bunte Kollegium aus Betriebs- und Volkswirten, Mathematikern, Informatikern, Juristen, Geisteswissenschaftlern sowie Sprachlehrern kann nur nach dem EU-Motto „In Vielfalt geeint“ vorgehen. Die Ver-

antwortung für die Europaidee des Studiums tragen alle gemeinsam, aber sie liegt auf manchen Schultern stärker als auf anderen.

„Europäisches Management“ ist als Studiengang wirtschaftswissenschaftlich geprägt. Aber aus der Wirtschaftsforschung ergeben sich nicht automatisch Fachrezepte, wie man das Thema Europa in der Lehre gut abzirkelt. Das mag überraschen, ist die EU doch primär eine Wirtschaftszone. Ökonomik und Europa ist tatsächlich eine schwierige Ehe. „Mögen der gemeinsame Markt und die Wirtschafts- und Währungsunion auch die folgenreichsten Elemente des Integrationsprojekts sein, sie haben in der Wissenschaft der Ökonomie im Vergleich zu Politik- und Rechtswissenschaft die geringsten Spuren hinterlassen“, so Beichelt et al. (2013).² Das hat mit Theoriegebäuden zu tun, kurz: Für Politologen und Juristen ist die EU einzigartig, für Ökonomen nur ein Anwendungsfall internationaler Wirtschaftsbeziehungen, eine regionale Untergattung zwischenstaatlich geregelter Marktverflechtung.

Ähnlich zäh fließt es aus der Managementlehre. Es ist lange her, dass „europäisches Management“ wirklich en vogue war: vor und um 1993, als der Binnenmarkt an den Start rollte. Europäisierung war ein größeres Wort als Globalisierung. Man feilte an der Konvergenz nationaler Managementansätze zu einem neuen europäischen Ansatz, den Unternehmen strategisch als neue Alternative denken sollten.³ Personaler skizzierten Kompetenzprofile, Rekrutierungspraxis und Personalentwicklung für „Euro-Manager“. Mitte der Neunziger waren diese jedoch bereits „ausgestorben wie die Dinosaurier“ – Unternehmen wollten nun „globale Manager“. Der Hype war also nach zehn Jahren ausgeglüht. Bis heute stammt die wesentliche akademische Literatur zu „europäischem Management“ aus den

frühen 1990ern. Völlig veraltet ist sie nicht. So betonten etwa Bloom et al. (1994) und Calori et al. (1995) den Umgang mit kultureller Vielfalt, die Orientierung an sozialer Marktwirtschaft, an Mitbestimmung, Mitarbeiterbeteiligung und dem Dialog mit Gewerkschaften – dies unterscheidet Europäer klar von Amerikanern und Japanern.⁵ Über ein Jahrzehnt später klingt das bei Pudielko und Harzing (2007) ähnlich. Als eurotypisch sehen sie ausbalancierte, moderate, partnerschaftsorientierte Managementansätze sowie einen großen Pluralismus an.⁶ Dieselbe Richtung schlägt Kaplan (2014) ein. Für ihn ist EM ein „cross-cultural, societal management approach based on interdisciplinary principles“. Europas Wesenszug sei maximale kulturelle Vielfalt bei minimaler geografischer Verteilung, darauf antworte der Ansatz. Er erfasse zudem die hohe Bedeutung des Sozialstaates, die Mitverantwortung der Wirtschaft für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie die Verzahnung von öffentlichem und privatem Sektor.⁷ Das sind sehr politische Aussagen.

Die politische Dimension

„Europäisches Management“ hat eine unbestreitbare politische Dimension. Das muss sich in der Ausbildung widerspiegeln. Dabei geht es nicht nur um Grundkenntnisse, wie „Brüssel“ funktioniert. Es geht um Kompetenzen, das aktuelle Geschehen sowie soziopolitische Einflüsse auf die Wirtschaft beurteilen und selbst Einfluss nehmen zu können (etwa über Verbände und Kommunikationsstrategien). Streitfähigkeit gehört dazu. Denn von Unternehmen wird klare Haltung verlangt: zu Russland-Sanktionen, zu Chlorhühnchen und Investorenschutz bei TTIP, zu

Stromkosten im Klimaschutz, zu Sozialstandards importierter Billigmode, zum Datenklau im Internet, zur Frauenquote an den Firmenspitzen.

Im Wildauer EM-Curriculum ist die politische Komponente klar verankert. Ein Selbstläufer studentischer Motivation ist sie nicht. Denn der Studiengang zieht keineswegs überdurchschnittlich an Europapolitik Interessierte oder Vorbildete an, nur weil das „europäisch“ im Namen steht. Zwar steigert Interesse an anderen Ländern die Aufmerksamkeit für internationale Themen, damit auch für Politik. Aber Wirtschaftsstudierende schwimmen im Mainstream der Studentenschaft, und deren Politikinteresse ist bundesweit auf einem historischen Tiefpunkt, an Fachhochschulen noch tiefer als an Universitäten, wie der 12. Studierendensurvey (2013) zeigt. 2004 empfand ein Viertel der FH-Studierenden Politik als unwichtig, 2013 sogar ein Drittel. Der Anteil jener, die Politik für sehr wichtig halten, sank von 28 auf 18 Prozent. 2004 stuften 38 Prozent ihr Politikinteresse als sehr stark ein; 2013 taten dies noch 25 Prozent. Der Anteil völlig Desinteressierter stieg von 18 auf 29 Prozent. Was Europapolitik und die europäische Einigung angeht, waren nur noch 20 Prozent der FH-Studierenden stark interessiert – ein Minus von neun Punkten.⁸

Wider die Zyniker

Es ist wichtiger denn je, angehenden Kaufleuten und Managern zu vermitteln, dass ihre beste Chance, die Welt

zu erobern, in Europa liegt. Aber sie werden für ihr Europa härter kämpfen müssen. Angela Merkel mahnt gelegentlich: „Wir schaffen mit diesen sieben bis acht Prozent der Weltbevölkerung noch etwa rund 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt, wir haben aber auch rund 50 Prozent der Sozialausgaben der Welt.“⁹

In Amerika und Asien gilt Europa vielen bereits als putziges, überwiegend von Greisen bewohntes Historien-Disneyland sowie als stagnierender Restabsatzmarkt für Weltprodukte. Europa, das sei ein am eurasischen Kontinent hängender Zipfel, der mal zeitweise wichtig war, aber seine Zukunft verprasste. Ganz Europa ist ein Griechenland – so sehen es die Zyniker in der Welt. Irgendjemand wird dafür sorgen müssen, dass die Zyniker nicht recht behalten.

Irgendjemand wird Europas Märkte und Maschinen leistungsfähig halten und immer wieder neu erfinden müssen. Das ist die Aufgabe für die Studierenden von heute, die „Europäischen Manager“ von morgen. In ihrer Ausbildung müssen sie ein klares Qualifikationsprofil, aber auch europäisches Selbstbewusstsein und Souveränität gewinnen. Vom Zeitgeist allein werden sie dieses Basis-kapital nicht mehr beziehen. ■

Literatur

- Beichelt, Timm et al.: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Europastudien? In: Beichelt, Timm et al.: Europa-Studien. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer 2013, S. 9–32.
- Bloom, Helen et al.: Euromanagement: a new style for the global marketplace. London: Kogan Page 1994; Calori, Ronald et al.: Management European style. In: The Academy of Management Executive Bd. 9, Nr. 3 (1995), S. 61–73.
- Kaplan, Andreas: European management and European business schools: insights from the history of business schools. In: European Management Journal Nr. 32 (2014), S. 529–534.
- Mendenhall, Mark E.; Stahl, Günter K.: The rise and demise of the „Euromanager“. In: Scholz, Christian; Zentes, Joachim: Strategic management: a European approach. Wiesbaden: Gabler, S. 305–320.
- Pudelko, Markus; Harzing, Anne-Will: How European is management in Europe? An analysis of past, present and future management practices in Europe. European Journal of International Management Bd. 1 Nr. 3, (2007), S. 206–224.
- Ramm, Michael et al.: Studiensituation und studentische Orientierungen. 12. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen – Langfassung. Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2014. http://www.bmbf.de/pub/12._Studierendensurvey_Langfassung_bf.pdf Aktualisierungsdatum: 30.06.2015.
- Steltzner, Holger: Die Quelle der Schulden. Frankfurter Allgemeine Zeitung (13.10.2012). www.faz.net/aktuell/wirtschaft/sozialausgaben-die-quelle-der-schulden-11923880.html Aktualisierungsdatum: 30.06.2015.
- Thurley, Keith; Wirdenius, Hans: Will management become „European“? – Strategic choice for organizations. In: European Management Journal Bd. 9 Nr. 2 (1991), S. 127–134.

- 1 Ramm, S. 425.
- 2 Beichelt, S. 15.
- 3 Thurley/Wirdenius, S. 4.
- 4 Mendenhall/Stahl, S. 306.
- 5 Bloom et al. und Calori et al.
- 6 Pudelko/Harzing, S. 221.
- 7 Kaplan, S. 532.
- 8 Ramm, S. 412–415.
- 9 Steltzner

Europäische Potenziale am Beispiel der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit im Destinationsmarketing und auf Hochschulebene



Joachim Riedl



Frank Schäfer



Bernd Wolfrum



Michael Seidel



Sebastian Zips



Anna-Katharina Pleier

Prof. Dr. Joachim Riedl, Leiter des Studiengangs Marketing Management, Hochschule Hof, joachim.riedl@hof-university.de

Prof. Dr. Frank Schäfer, Fakultät Wirtschaftsingenieurwesen, Ostbayerische Technische Hochschule Amberg-Weiden, f.schaefer@haw-aw.de

Prof. Dr. Michael Seidel, Studiendekan Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Hochschule Hof, michael.seidel@hof-university.de

Prof. Dr. Bernd Wolfrum, Betriebswirtschaftslehre und Marketingmanagement, Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, bernd.wolfrum@oth-regensburg.de

Dr. Sebastian Zips, MBA, MA, Leiter Research, AccessMM, Weidenberg, dr.zips@accessmm.de

Anna-Katharina Pleier, MBA, Projektleiterin Online und Usability, AccessMM, Weidenberg, a.pleier@accessmm.de

Im Hochschulsektor besteht eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bayerischen und Tschechischen Hochschulen. Im Destinationsmarketing, im Regionenimage und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gibt es noch viele Verbesserungsmöglichkeiten, wie aktuelle Studien belegen.

Der Fall des „eisernen Vorhangs“ und die samtene Revolution in der tschechischen Republik liegen mittlerweile ein Vierteljahrhundert zurück. Die aktuellen deutsch-tschechischen Beziehungen sind damit ein Indikator für die Überwindung einer schwierigen Historie, für den Erfolg der von der europäischen Union geförderten Integrationsmaßnahmen der Regionen und nicht



Abb. 1: Karte des Ziel3-Gebiets und des Gebiets der durchgeführten Erhebung

Im Hochschulsektor besteht eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen bayerischen und tschechischen Hochschulen. Im Destinationsmarketing, im Regionenimage und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gibt es noch viele Verbesserungsmöglichkeiten, wie aktuelle Studien belegen.

zuletzt ein Beispiel für die in Europa liegenden Potenziale.

Die Hochschule Hof und die Universität Pilsen haben, unterstützt durch die OTH Regensburg und die OTH Weiden, den Besucherverkehr zwischen Westböhmen und Nordbayern seit 2012 in mehreren Projekten untersucht. Die Studien wurden gefördert durch das Ziel3-Programm der EU. In Summe wurden allein seit 2013 über 2.500 Privatpersonen in Deutschland und Tschechien befragt, wobei teilstandardisierte Face-to-Face-Interviews und Telefoninterviews zum Einsatz kamen.

Betrachtet man die empirischen Ergebnisse, zeigen sich große Disparitäten. Bürger aus Westböhmen besuchen Nordostbayern im Durchschnitt 23 Mal pro Jahr, während in entgegengesetzter Richtung gerade einmal 2,5 solche Besuche pro Jahr stattfinden. Gleichzeitig wird die zukünftige Besuchstendenz in beiden Ländern mehrheitlich als „konstant“ eingestuft. Man kann somit festhalten, dass der Glaube an den Nutzen grenzüberschreitender Besuche bei Privatpersonen Westböhmens weit ausgeprägter ist als bei den Nordbayern. Das mag damit zusammenhängen, dass sich auf deutscher Seite jahrzehntelang bezüglich Urlaub und Sightseeing eine Orientierung nach Westen und Süden herausgebildet hat. Auch bezüglich des Einkaufens scheinen die Deutschen weniger an die Vorteile des Nachbarlands zu glauben. Unglücklicherweise hat sich im unmittelbaren Grenzbereich Westböhmens ein Saum von Asia-Märkten, Billigläden und Halbweltangeboten angesiedelt, der das Image des Nachbarlandes ebenso schädigt wie die in der Presse ubiquitären Berichte über Grenzkriminalität, Drogenhandel etc. Die allzu vereinfachende und oft einseitige Berichterstattung schreckt dabei gerade solche Besucher ab, die ein überdurchschnittliches Anspruchsniveau haben

und höhere Kaufkraft aufweisen, während Schnäppchenjäger und Billigtourismus angezogen werden.

Um solche Befunde zu untermauern, wurden die Besuchermotive detailliert erhoben und mittels multivariater Statistik verdichtet. Wie Abbildung 2 zeigt, lassen sich bei nordbayerischen Besuchern vier Hauptmotive für eine Fahrt nach Westböhmen identifizieren, wobei die Reihenfolge noch nichts über die Bedeutung dieser Benefit-Faktoren aussagt.

Tatsächlich korreliert beispielsweise das Motiv Einkaufen leicht positiv mit der Fahrthäufigkeit ins Nachbarland, ($r = ,107, \alpha = 0,002$), die anderen Motive jedoch nicht. Das Alter korreliert positiv mit Reisen zum Zwecke von Urlaub und Kultur ($r = ,236, \alpha = 0,000$), jedoch negativ mit dem Einkaufen ($r = -,207, \alpha = 0,000$). Solche Befunde legen es nahe, verschiedene Besuchertypen zu unterscheiden. Clusteranalytisch lassen sich fünf unterschiedliche Typen nordbayerischer Besucher in Westböhmen identifizieren. Dabei stellt man fest, dass zum Beispiel der Typ des „Einkäufers“ etwa 19 Prozent der Bevölkerung entspricht; er hat leichtes Interesse an Urlaub und Kultur im Nachbarland

sowie an beruflichen und familiär bedingten Fahrten dorthin. Während sein Hauptinteresse am (billigen) Einkaufen liegt, interessiert er sich überhaupt nicht für Sportveranstaltungen und sportliche Betätigung im Nachbarland (vgl. Abb. 3).

Beschreibt man diese Besuchertypen, wie in der Marktsegmentierung üblich, in soziodemografischen, psychografischen und verhaltensbezogenen Aspekten, zeigt sich ein tatsächlich diskriminierendes Muster. So machen z. B. die Sportbegeisterten ca. zehn Prozent der Besucher aus, sie sind eher jünger und zeigen eine durchschnittliche Ausgabebereitschaft von 538 Euro pro Person und Jahr. Sie interessieren sich für sportliche Betätigung verschiedener Art wie Golf, Wandern, Radfahren, Klettern etc. Auf Schnäppchen und Billigartikel zielen sie nicht ab, sind jedoch ausgabebereit für Sportartikel und Sportevents. Die Urlaubs- und Kulturaffinen sind überwiegend eine Zielgruppe 50 Plus und besichtigen vorwiegend Bäder und Sehenswürdigkeiten wie Innenstädte, Burgen und Kirchen, aber auch kulturelle Ereignisse wie Opernaufführungen. Sie bleiben oft zwei oder drei Tage und besichtigen meist Tschechiens bekannte

Erläuterung: Faktorladungen können einen Betrag von 0 bis 1 annehmen. Sie bringen zum Ausdruck, wie eng die neun abgefragten Ausgangsvariablen (Zeilen unten) mit den resultierenden „Faktoren“ (Spalten rechts) zusammenhängen und woraus diese Faktoren gebildet werden.	„Faktor“			
	1 Urlaub, Kultur, Wellness	2 Einkauf	3 Fahrten zu Arbeit und Familie	4 Sport
Urlaub, Kurzurlaub, Besichtigung	,794			
Kultur, Konzerte, Aufführungen	,771			
Gesundheit, Behandlung, Kur	,720			
Einkaufen		,802		
Tanken		,769		
Dienstleistungen		,548	,417	-,302
Besuch von Freunden oder Familie			,785	
Arbeit, Beruf			,737	
Sportveranstaltungen				,827

Abb. 2: Benefit-Faktoren für den Besuch in Westböhmen (Ladungsmatrix der Hauptkomponentenanalyse, Varimax-Rotation, Ladungen unter 0,3 sind unterdrückt)

Erläuterung: Einstufung auf Basis von Cluster-Analysen (Single-Linkage und Ward). Zu Vorgehensweise und konkretem Zahlenmaterial vgl. die angegebenen Quellen.	Typ 1 Die Sportbegeisterten (10%)	Typ 2 Die Urlaubs- und Kulturaffinen (20%)	Typ 3 Die Einkäufer (19%)	Typ 4 Die Zweckbesucher (12%)	Typ 5 Die Desinteressierten (39%)
F1 Urlaub und Kultur	Leichtes Interesse	Hauptinteresse	Leichtes Interesse	Durchschnittl. Interesse	Großes Desinteresse
F2 Einkaufen	Leichtes Interesse	Großes Desinteresse	Hauptinteresse	Mittleres Desinteresse	Leichtes Desinteresse
F3 Arbeit und Familie	Leichtes Desinteresse	Mittleres Desinteresse	Leichtes Interesse	Hauptinteresse	Mittleres Desinteresse
F4 Sport	Hauptinteresse	Leichtes Desinteresse	Großes Desinteresse	Leichtes Interesse	Leichtes Desinteresse

Abb. 3: Fünf Typen nordbayerischer Besucher in Westböhmen und ihr Interesse an den vier Benefit-Faktoren

Städte wie Prag, Pilsen oder Budweis. Ihre durchschnittlichen Ausgaben pro Jahr und Person belaufen sich auf 361 Euro. Für diese Zielgruppe ließen sich touristische Kombinationsangebote anbieten, wie etwa „Auf Goethes Spuren im Bäderdreieck. Ein Wellness Kurzurlaub mit Kulturprogramm“.

Solche Unterschiede verschiedener Besuchertypen geben vielfältige Ansatzpunkte für ein zielgerichtetes Destinationsmarketing. Wie nicht anders zu erwarten, stellen sich die Motive und Verhaltensweisen der westböhmisches Besucher gegenüber Nordbayern ganz anders dar. Hier sind im Wesentlichen nur drei Besuchertypen zu unterscheiden, nämlich „Schnäppchenjäger“, „qualitätsbewusste Käufer“ und „ausgabebereite Vielbesucher“. Hinsichtlich der grenzüberschreitenden Kaufkraftwanderung ergeben sich auf Basis einer Bevölkerungshochrechnung beachtliche Summen. So tragen die nordbayerischen Besucher allein für Einkäufen, Tanken und Gastronomiebesuche pro Jahr ca. 690 Millionen Euro nach Westböhmen. Die dortigen Betriebe reagieren darauf mit spezifischen Angeboten. Die Deutschkenntnisse in Gastronomie und Handel sind durchwegs gut, deutsche Besucher sind geschätzte Kunden. Umgekehrt präsentiert sich die Situation anders. Von Ausnahmen wie Weiden abgesehen, sind viele Städte Nordbayerns auf Besucher aus Westböhmen schlecht eingestellt. Es fehlt nicht nur an allgemeinen Sprachkenntnissen,

sondern auch an kundenspezifischen Angeboten und tschechischen Ausschulderungen. 25 Jahre nach der Grenzöffnung haben sich viele deutsche Handelsbetriebe auf die Besucher aus Tschechien noch viel zu wenig eingerichtet, obwohl alleine die Westböhmen jährlich ca. 520 Millionen Euro an Kaufkraft nach Nordostbayern tragen. De facto könnte dies noch mehr sein, wenn man den Bedürfnissen dieser Besucher aktiver entgegenkommen würde und ihnen vermitteln würde, dass sie nicht die „armen Nachbarn“, sondern geschätzte Kunden sind. Ein leicht herablassendes Verhalten der Händler und Gastronomen gegenüber tschechischen Besuchern ist es denn auch, was in offenen Fragen von diesen gelegentlich moniert wird.

Noch größere ungenutzte Potenziale sind zu konstatieren, wenn man die Einschätzungen von Regionfremden in Betracht zieht. In einem aktuellen Forschungsprojekt wurde hierzu die Einschätzung der nordostbayerisch-westböhmisches „Ziel3-Region“ durch Menschen im Westen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz untersucht. Diese Vergleichsregion hat mit dem Elsass und Lothringen auf französischer Seite ein attraktives Pendant, wodurch sowohl geografisch-topografisch als auch historisch gewisse Parallelen zum nordbayerisch-westböhmisches Raum bestehen. Aufgrund der geografischen Entfernung verwundert es nicht, dass die Badener das Elsass viel häufiger

besuchen als Nordbayern und Westböhmen, dass sie dort mehr Geld ausgeben etc. Wohl aber ist es ein Alarmsignal, wie wenig die dortigen Befragten über eine Region wissen, die in östlicher Richtung im Durchschnitt gerade einmal 350 km entfernt liegt. Während das Gesamturteil der Badener und Pfälzer zur eigenen Heimatregion auf einer Attraktivitätsskala von null bis hundert bei 81 liegt, wird Nordbayern und Westböhmen zusammenfassend gerade einmal ein Wert von knapp 62 zugebilligt. Noch gravierender ist die Einschätzung der Arbeitsangebote (40), der Einkaufsmöglichkeiten (42) etc. Offene Fragen decken auf, dass Nordostbayern und Westböhmen gemeinsam (!) als Gegend „weit im Osten“, „unterentwickelt“ und „deindustrialisiert“ gesehen wird. Mehr als „grüne Wiese, Wald und Mittelgebirge“ fällt vielen Befragten aus Baden dazu nicht ein. Dies ist ein ernüchternder Befund für viele Jahre kostenintensiver Integrationsbemühungen der europäischen Union, die sich im Ziel3-Programm bis dato viel zu sehr auf die direkte Zusammenarbeit von lokalen Institutionen und zu wenig auf überregionale Raumwirksamkeit konzentriert hat. Das Ziel dieser Integrationsbemühungen kann nicht darin liegen, dass der Raum beiderseits der deutsch-tschechischen Grenze von außerhalb lebenden Menschen gleichermaßen schlecht beurteilt wird.

Mindestens ebenso irritierend sind diese Befunde hinsichtlich der bisherigen Leistungen der im Destinationsmarketing arbeitenden öffentlichen und halböffentlichen Institutionen. Hier mangelt es unter einer Vielzahl an Playern offensichtlich an Koordination und abgestimmtem Handeln, um auch überregional Wirkung zu erzielen. Und schließlich muss auch für die Nordostbayerische und Westböhmisches Industrie als Alarmsignal gelten, wie unattraktiv ihre Standorte außerhalb der Region eingeschätzt werden. Die europäische Mobilität von Arbeitskräften ist offensichtlich noch stark unfähig, wenn sich eine überwiegende Mehrheit von Befragten nicht im Entferntesten vorstellen kann, einen Arbeitsplatz und Wohnort in einem

anderen Gebiet zu nehmen, das geografisch durchaus im Zentrum der europäischen Union liegt.

Genutzte Chancen der europäischen Integration zeigen sich demgegenüber im Hochschulbereich. So gibt es zwischen den Hochschulen in Westböhmen und Nord- sowie Ostbayern zahlreiche Beispiele für eine intensive und fruchtbare Zusammenarbeit. Regler Erfahrungsaustausch beginnt schon auf der Ebene von Studierenden, über Austauschprogramme und den Wechsel für Aufbaustudiengänge nach dem Erststudium im Heimatland. Dass die erste Absolventin des Masterstudiengangs Marketing-Management an der Hochschule Hof im Jahr 2008 eine bereits promovierte Absolventin der Universität Pilsen war, ist dabei nur eine Randnotiz, die aber etwas über die gegenseitige Attraktivität der Studienangebote verrät. Beinahe jährliche wissenschaftliche Fachtagungen mit Teilnehmern,

Referenten und Moderatoren aus beiden Ländern gehören ebenso zum gemeinsamen Aktivitätenspektrum wie Forschungsprojekte und mehrsprachige Publikationen. Exemplarisch ist auch die im Frühjahr 2015 durchgeführte viertägige Exkursion mit Teilnehmern der Hochschulen Hof und Weiden, Pilsen und Eger. Dabei wurden wichtige positiv wie verbesserungswürdig eingestufte Ziele beiderseits der Grenze besucht. In Fachgesprächen mit verantwortlichen Experten des Tourismus- und Destinationsmarketings, mit Unternehmern, Stadtplanern, Wirtschaftsreferenten und Bürgermeistern wurden Chancen, Risiken und Potenziale der Region erörtert. Zusammenfassende Diskussionen am Abend jedes Exkursionstages brachten zu Tage, dass die realen Erlebnisse vielfach in starkem Kontrast mit vorgefertigten Meinungen über die gemeinsame Region stehen. Auf deutscher Seite zeigte man sich vom Nachbarland und vom fachlichen Niveau der

tschechischen Exkursionsteilnehmer angetan. Die persönliche Kenntnis der tschechischen Wissenschaftler und Studenten liefert ein gänzlich anderes Bild, als es die in der Presse zu findenden Berichte über die Vorgänge im Grenzgebiet des Nachbarlands hervorrufen. Die historischen Orte im böhmischen Bäderdreieck wurden als attraktive Ausflugsziele wahrgenommen und ein Studienaufenthalt in Tschechien als eine „attraktive Option“ bewertet. Tschechische Studierende räumten ein, dass sie Deutschland eher aus dem Fokus verloren hätten und sich weiter nach Westen, wie nach England, Spanien oder USA, orientiert hätten. Durch die Exkursion sei Deutschland auch als Studienort wieder interessant geworden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Hochschulsektor aufgrund der vielfältigen Kontakte und der kontinuierlichen Projektkooperation eine Lead-Funktion für andere Wirtschaftszweige einnimmt. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird von allen beteiligten Hochschulen auch institutionell nach Kräften gefördert, weitere gemeinsame Projekte haben das Stadium konkreter Planungen angenommen. Dabei geht es um mehr als empirische Forschung. Ziel ist es, aus dem wissenschaftlichen Sektor heraus konkrete Impulse für eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien zu geben. ■

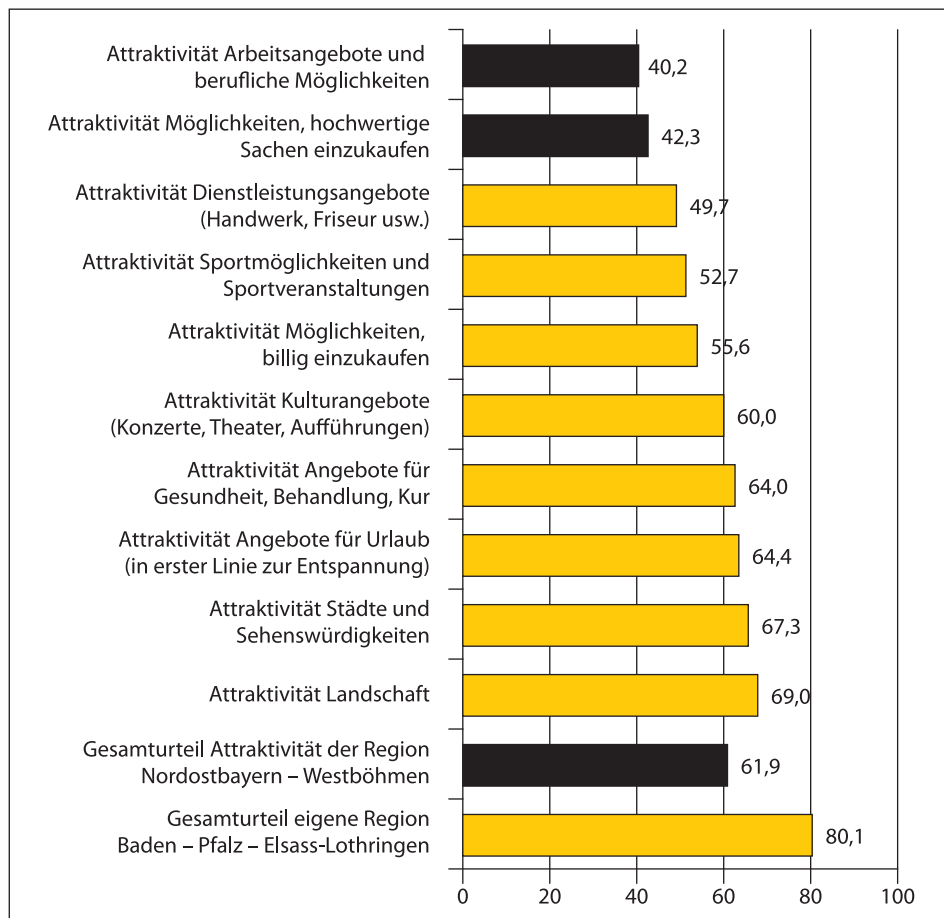


Abb. 4: Beurteilung wesentlicher Besuchsargumente gegenüber Westböhmen – Nordbayern, Gesamturteil und Vergleich mit der Region Baden – Pfalz – Elsass-Lothringen seitens dort lebender Privatpersonen 2015, (n= 395, Skala von 0 = vollkommen unattraktiv bis 100 = höchst attraktiv)

Literatur

Cimler, P., Eggers, B., Hommerová, D., Lochmüller, M., Riedl, J.: Der grenzüberschreitende Besucherverkehr Nordostbayern – Westböhmen, Weidenberg 2014 (kostenloser Download unter <http://www.accessmm.de/Publikationen.html>).

Riedl, J. (Hrsg.): Empirische Daten für das Destinationsmarketing, mit Beiträgen von Doc. Ing. Petr Cimler, CSc., Barbara Eggers, MBA, Ing. Dita Hommerová. Ph.D., MBA, Dipl.-Kfm. Martin Lochmüller, Dr. Joachim Riedl, Dr. Frank Schäfer, Ing. Petr Štumpf, Dr. Bernd Wolfrum, Dr. Sebastian Zips, MBA, Weidenberg 2014.

Riedl, J. (Hrsg.): Der Imagevergleich von Regionen als Basis für das Destinationsmarketing, Chemnitz 2015 (im Druck).

Seidel, M.: Regional Marketing and Regional management as Bottom-up-based Approaches to Manage Successful Development of Rural Regions, in: GeoNova, Revista do Departamento de Geografia e Planejamento Regional, special Issue, 2010, S. 79–92.

FH Münster

„Ich wollte mir ein eigenes Bild von der Lage vor Ort machen“

FH-Student Benjamin Lohmann berichtet über sein Auslandssemester in Athen

Münster, 3. Juli 2015. Anfang Februar hat Benjamin Lohmann sich für ein Auslandssemester auf den Weg nach Athen gemacht. „Die politische und wirtschaftliche Situation hat mich gereizt – ich wollte mir ein eigenes Bild von der Lage vor Ort machen“, erinnert er sich. Vom Fachbereich Wirtschaft der FH Münster ging es an die Athens University of Economics and Business. Nun sind alle Klausuren geschrieben und der Student verbringt seine letzten Tage in Griechenland. Wie alle anderen blickt auch er gespannt dem Referendum am kommenden Sonntag entgegen. Zeit, um Bilanz zu ziehen: Wie lebt es sich als deutscher BWL-Student in der griechischen Hauptstadt?

„Mein bisheriger Alltag hier war wesentlich entspannter und problemloser, als ich es im Vorfeld erwartet hatte“, berichtet Lohmann. Er habe sich immer sicher gefühlt und frei in der Stadt bewegt. Dabei sei er auf viel Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gestoßen. Seine Herkunft hat er trotzdem nicht immer preisgegeben, denn in Ausnahmefällen endeten die Gespräche dann weniger angenehm. „Wenn die Leute erkannt haben, dass ich aus dem Ausland komme, wollten sie immer mit mir über die aktuelle wirtschaftspolitische Lage sprechen und meine Sicht der Dinge erfahren“, erzählt der Student. Dass die Bevölkerung gespaltener Ansicht über die Zukunft des Landes ist, sei bei diesen Gesprächen ganz deutlich geworden.

Eher einheitlich war die Meinung der griechischen Kommilitonen: „Die große Mehrheit der Studierenden hier ist für Europa und den Euro, obwohl natürlich auch für sie völlig unklar ist, wie die Zukunft aussieht“, so Lohmann. „Ich

hatte fast ausschließlich mit griechischen Studierenden Kontakt, die selbst schon ein Erasmussemester in Europa verbracht haben, und viele planen ihre berufliche Zukunft im Ausland.“ Die Einstellung der jungen Menschen habe ihn beeindruckt, berichtet der angehende Betriebswirt: „Sie sorgen sich zwar um ihre Zukunft, sind dabei aber außerordentlich positiv eingestellt und versuchen, sich durch viel Engagement für den Arbeitsmarkt attraktiv zu machen.“

Die nächste Interessentin für ein Auslandssemester in Athen steht schon in den Startlöchern. „Sie beobachtet die Entwicklung in Griechenland sehr genau und hofft, dass sie ihr Auslandssemester wie geplant im September starten kann“, sagt Nick Langer, der die Studierenden am Fachbereich Wirtschaft der FH Münster bei der Planung des Auslandsaufenthaltes unterstützt. Egal wie die Abstimmung am Sonntag ausfällt und was danach passiert – Benjamin Lohmann ist dabei und kommt mit vielen Eindrücken und Erfahrungen im Gepäck zurück nach Münster.

FH Münster



Natürlich durfte neben dem Studium auch das Sightseeing nicht zu kurz kommen: Benjamin Lohmann vor dem Parthenon auf der Akropolis in Athen.
Foto: FH Münster/Pressestelle

TFH Bochum

Brücken nach Europa bauen: TFH zeichnet afrikanische Studierende mit Stipendien aus

Ihre Geschichten und Biografien unterscheiden sich, doch in ihren Zielen sind sich Hammou Idrissi und seine afrikanischen Kommilitonen einig: Sie wollen in Europa ihren Studienabschluss machen und sich so eine bessere Zukunft aufbauen. An der Technischen Fachhochschule (TFH) Georg Agricola finden sie hierfür beste Voraussetzungen. Jetzt erhielten die vier Gaststudierenden aus Kamerun, Gabun und Marokko jeweils ein Studienabschluss-Stipendium in Höhe von 500 Euro von der Hochschule, mit dem ihre guten Leistungen gewürdigt wurden. Der Verfahrenstechnik-Student Abdellah Droussi wurde zusätzlich für sein soziales Engagement geehrt – er unterstützt inzwischen selbst Flüchtlinge bei ihren ersten Schritten im fremden Land. Die Stipendien des „kombinierten Stipendien- und Betreuungsprogramm“ (STIBET) werden aus Mitteln des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) finanziert und jährlich von der TFH vergeben.

Mathe ist das Lieblingsfach von Abdellah Droussi, aber auch Physik und Chemie liegen ihm. Der gebürtige Marokkaner studiert Verfahrenstechnik an der TFH und ist damit bestens gerüstet, später einen sicheren, gut bezahlten Job in der Industrie zu finden. Die Situation in Afrika betrachten er und seine Studienkollegen trotzdem mit Sorge – noch während der Stipendienvergabe tauschten sich die engagierten Studierenden mit TFH-Präsident Prof. Dr. Jürgen Kretschmann intensiv über Politik, das Bildungssystem und den Flüchtlingsstrom nach Europa aus. Zwischen Vorlesung und Seminaren engagiert sich Abdellah Droussi hier noch privat: Zurzeit betreut er syrische Flüchtlinge, begleitet sie zu Behörden oder zum Arzt und beteiligt sich an Hilfsgütersammlungen.

An der kleinen TFH gefalle ihm besonders die familiäre Atmosphäre, sagt Abdellah Droussi.

„Die Professoren und Dozenten haben immer Zeit für Fragen und sind sehr hilfsbereit.“ Das erleichtere den Einstieg erheblich, sagt auch Claudine Josée Ndom'a Dicka aus Kamerun: „Gleich im ersten Semester musste ich Referate auf Deutsch halten. Das war eine Herausforderung, aber es hat mir auch sehr geholfen, die Sprache und die Inhalte schneller zu verstehen.“ Die Studentin der technischen BWL will auch ihren Master in Deutschland machen und möglichst in der Logistik-Branche arbeiten. „Die Aussichten dafür sind sehr gut, denn unsere ausländischen Studierenden bringen einen entscheidenden Vorteil mit“, sagt TFH-Präsident Prof. Dr. Jürgen Kretschmann. „Die Firmen richten sich immer stärker international aus. Ingenieurinnen und Ingenieure sowie Wirtschaftswissenschaftler mit vielen Sprachkenntnissen sind deshalb sehr gefragt.“

Doch auch eine Rückkehr in ihre Heimatländer können sich alle ausgezeichneten Jungakademiker vorstellen: „Das ist unsere Chance, vor Ort etwas zu bewegen“, sagt Hammou Idrissi. In Marokko hatte er sein Studium früh abgebrochen. „Alle Vorlesungen fanden ausschließlich auf Französisch statt, dabei hatte ich bis zum Abitur Unterricht auf Arabisch.“ Da konnte er auch

gleich Deutsch lernen, beschloss Hammou Idrissi. Er belegte schon zu Hause Sprachkurse und schrieb sich an der TFH im Studiengang Technische BWL ein – jetzt steht er kurz vor seinem Bachelor-Abschluss.

Auch der angehende Verfahrenstechnik-Ingenieur Gerry Donald Alandji möchte in seiner Heimat Gabun die Fühler nach einem Job ausstrecken: „Direkt nach dem Abschluss ist es eher schwierig, seine Karriere in Afrika zu starten. Deshalb möchte ich vorher noch etwas Berufserfahrung in Deutschland und Europa sammeln, um meine Chancen zu steigern.“ Die vielen praxisnahen Erfahrungen, die die vier Studierenden an der TFH gemacht haben, sollen künftig noch mehr junge Ausländer an die Bochumer Hochschule locken: „Sie sind unsere besten Werbeträger“, sagt Präsident Prof. Kretschmann. „Schreiben und mailen Sie Ihren Freunden! Erzählen Sie zu Hause von der guten Ausbildung an der TFH und dass ein Studium in Deutschland nichts Unmögliches ist. Wir freuen uns, wenn noch mehr Studierende aus fremden Ländern zu uns kommen und unsere Hochschule bereichern.“

TFH Bochum



Freuen sich über ausgezeichnete Zukunftsperspektiven (v. l. n. r.): Abdellah Droussi, Claudine Josée Ndom'a Dicka, Gerry Donald Alandji, Hammou Idrissi und TFH-Präsident Prof. Dr. Jürgen Kretschmann. Foto: TFH



Niedersachsen

Land erleichtert Flüchtlingen den Zugang zum Studium

Wissenschaftsministerium und Hochschulen stellen Unterstützungsprojekte vor

Viele Menschen suchen auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung Schutz in Deutschland. Nicht wenige Flüchtlinge verfügen über gute Bildungsqualifikationen und -potenziale. Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) hat sich daher zum Ziel gesetzt, diesen Menschen bei der Orientierung zu helfen und sie aktiv bei der Aufnahme eines Studiums zu unterstützen.

„Wir möchten Flüchtlingen, die persönlich ein schweres Schicksal erleiden, Perspektiven aufzeigen. Es ist im Interesse der ganzen Gesellschaft, wenn wir das Potenzial dieser Menschen nicht brachliegen lassen und ihnen dabei helfen, Bildungschancen zu ergreifen“, sagt die Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Gabriele Heinen-Kljaji. „Damit erleichtern wir es Flüchtlingen, rasch bei uns Fuß zu fassen, und geben gleichzeitig einen Anreiz, um zukünftige Fachkräfte in Niedersachsen zu halten.“

Damit Flüchtlinge ihre bereits in der Heimat begonnenen Bildungswege fortsetzen können, hat das MWK gemeinsam mit den Hochschulen ein Paket aus vier Bausteinen geschnürt.

Der Hochschulzugang wird erleichtert

Flüchtlingen, die ihre Zeugnisse fluchtbedingt nicht vorlegen können, wird künftig ein schneller Zugang zum Studium in zulassungsfreien Studiengängen ermöglicht. Voraussetzung ist, dass sie ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen und einen Aufnahmetest am

Studienkolleg überdurchschnittlich gut bestehen. Zusätzlich starten ab dem 1. Juli 2015 fünf Pilotprojekte zur Sprachvermittlung in den Regionen Hannover, Göttingen, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück. Diese kostenfreien Kurse stehen allen Flüchtlingen ab dem 18. Lebensjahr offen, die studieren möchten, aber noch nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen und/oder noch keine Hochschulzulassung haben. Das MWK fördert diese Projekte, die auch Beratung zu Bildungsangeboten beinhalten, mit 350.000 Euro.

Studierende unterstützen Flüchtlinge beim Spracherwerb

Lehramtsstudierende, die bereits Kompetenzen zur Vermittlung von Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache erworben haben, können jungen Flüchtlingen im Zuge ihres Betriebs- und Sozialpraktikums Deutschunterricht erteilen. Sie sollen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung unterrichten und werden von den Hochschulen vermittelt. Für diese Koordinationsaufgaben stellt das MWK den lehrerbildenden Hochschulen 2015 insgesamt bis zu 400.000 Euro als Soforthilfe zur Verfügung.

Stipendienprogramm wird für leistungsstarke Flüchtlinge geöffnet

Besonders begabte Flüchtlinge, die unter schwierigen Lebensbedingungen studieren, können Hilfe aus dem Niedersächsischen Stipendienprogramm bekommen.

Hochschulen engagieren sich für Integration

Auch die Hochschulen haben ihre aktive Unterstützung bei der Integration

von Flüchtlingen zugesagt. Mit einer Vielzahl von Angeboten und Maßnahmen, die die Aufnahme, Integration und letztlich auch den Studierenerfolg dieser besonderen Zielgruppe fördern, engagieren sich alle Standorte. „Die niedersächsischen Hochschulen sind sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst und wollen konsequent dazu beitragen, die Bildungschancen von Menschen aus Einwanderungsfamilien weiterzuentwickeln, um ihre Integration zu fördern“, so der Vorsitzende der Landeshochschulkonferenz Niedersachsen (LHK), Professor Wolfgang-Uwe Friedrich.

Die Hochschulen in Niedersachsen unterstützen studieninteressierte Flüchtlinge bei ihren Fragen zur Aufnahme eines Studiums, zur Weiterführung eines in ihrem Heimatland begonnenen Studiums oder zur wissenschaftlichen Weiterqualifizierung. An allen Hochschulen sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt (<http://www.studieren-in-niedersachsen.de/fluechtlinge.htm>).

Durch Angebote wie Gasthörer-, Patent- und Mentoringprogramme, Schnupperstudien, spezielle Studienangebote und Lehrveranstaltungen, Schreibwerkstätten, Konferenzen, Aktions- und Blockwochen sowie Campus- und Sommerfeste ebnet die Hochschulen den studieninteressierten Flüchtlingen den Weg auf den Campus.

Auf der Internetseite des MWK finden Sie weitere Hintergrundinformationen sowie eine systematische Darstellung des erleichterten Hochschulzugangs und ein Handout, das Multiplikatoren in Kommunen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, dem Flüchtlingsrat und Aufnahmeeinrichtungen in Deutsch und Englisch an die Hand gegeben wird.

MWK Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen

Ministerin stellt Rahmenkodex für gute Beschäftigung vor

Ein neuer Rahmenkodex „Gute Arbeit“ wird erhebliche Verbesserungen der Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal in Nordrhein-Westfalen auslösen. Das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung hat mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber (Hochschulen) und der Arbeitnehmer (Landespersonalräte) erstmals einen gemeinsamen bindenden Kodex entwickelt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Dem Faktor „Gute Arbeit“ kommt im nationalen und globalen Wettbewerb von Wissenschaft und Forschung entscheidende und immer größere Bedeutung zu – darin waren sich alle Seiten einig.

Wissenschaftsministerin Svenja Schulze sagte: „Dass wir diese so eminent wichtige Maßnahme nun gemeinsam auf den Weg bringen, macht mich sehr stolz. Wissenschaft und Forschung sind entscheidende Schlüssel für die Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft. Diesem Anspruch müssen selbstverständlich auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gerecht werden. Ich danke deshalb sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern für ihren unbedingten Kooperationswillen.“

Mit dem zum 1. Oktober 2014 in Kraft getretenen Hochschulzukunftsgesetz waren die Voraussetzungen geschaffen worden, dass sich alle Seiten auf diese wichtige hochschulische Aufgabe verständigen. Die künftigen Fortschritte für die Beschäftigten liegen vor allem in fünf Bereichen:

- Abbau der befristeten Beschäftigung des wissenschaftlichen Personals,
- Verbesserungen für das unterstützende Personal,
- familiengerechter Umgang mit Teilzeitbeschäftigung,

- Etablierung und Ausbau gesundheitsfördernder Arbeitsbedingungen,
- landesweiter Hochschul-Arbeitsmarkt erleichtert Stellenwechsel.

Der Rahmenkodex ist eine vertragliche Vereinbarung, die von Vertreterinnen und Vertretern der genannten Vertragsparteien ausgehandelt wurde und von den Leitungen jeder Hochschule im Weiteren unterzeichnet werden soll. In den einzelnen Hochschulen soll dieser Rahmen passend zu den jeweiligen örtlichen Besonderheiten ausgefüllt werden.

Eine Kommission mit Mitgliedern aus Hochschule, Personalräten und Ministerium begleitet die Umsetzung und Fortentwicklung des Rahmenkodex und macht zum Beispiel weitere Verbesserungsvorschläge.

Einige wesentliche Erläuterungen zu den Inhalten des neuen Rahmenkodex:

1. Abbau befristeter Beschäftigung des wissenschaftlichen Personals:

In der Qualifizierungsphase ist ein Großteil des wissenschaftlichen Personals befristet beschäftigt, oft kürzer, als für die Dauer des Qualifizierungsvorhabens angemessen. Künftig werden grundsätzlich keine Verträge mit Laufzeiten von unter einem Jahr geschlossen. An die Stelle von oft mehreren kurzzeitigen Verträgen treten wenige mit längeren Laufzeiten.

2. Verbesserungen für das unterstützende Personal:

Hier sind vor allem studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte gemeint. Diese Personalgruppe wird ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt und möglichst nicht mit Aufgaben betraut, die grundsätzlich dem unbefristet beschäftigten Hochschulpersonal obliegen.

3. Familiengerechter Umgang mit Teilzeitbeschäftigung:

Geeignete Maßnahmen stellen sicher, dass Beschäftigte in Teilzeit nicht benachteiligt werden: zum Beispiel durch Konzepte zur Qualifizierung oder auch bei der Rückkehr nach einer Familienphase.

4. Etablierung/Ausbau gesundheitsfördernder Arbeitsbedingungen:

Dies betrifft Bereiche wie Führung, Unternehmenskultur, Betriebsklima, soziale Kompetenz, Arbeitsbedingungen und Gesundheitsverhalten. Dazu gehören ein effektiver Arbeits- und Gesundheitsschutz, etwa durch gesunde Kantinenkost oder Rückenschulungskurse, ebenso wie flexible Arbeitszeiten und die Schulung von Führungskräften zu diesem Thema.

5. NRW-weiter Hochschul-Arbeitsmarkt erleichtert Stellenwechsel:

Der Wechsel zu einer anderen Hochschule oder zu einem anderen Arbeitgeber konnte Nachteile mit sich bringen in puncto Bezahlung oder mit einer erneuten Probezeit verbunden sein. Ein solcher Wechsel kann aus persönlichen und privaten Gründen oder auch aus Karriere-Gründen wünschenswert und sinnvoll sein. Hier sind die beschriebenen Nachteile zu vermeiden. Ausschreibungen sind allen Beschäftigten in einem landesweiten Hochschul-Stellenmarkt zugänglich.

MIWF NRW



Bayern

Synergien nutzen – Kooperationen stärken

Bayerisches Wissenschaftsforum BayWISS – ein zukunftsweisendes Modell zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und HAW

„Ausgangspunkt für die gemeinsamen Anstrengungen der Hochschulverbände zur Konzeptionierung eines Bayerischen Wissenschaftsforums – BayWISS war die Aufforderung von Staatsminister Dr. Spaenle an die Hochschulverbände, Vorschläge zu Weiterentwicklung der Promotion zu erarbeiten“, erinnert sich Prof. Dr. Walter Schober, Präsident der Technischen Hochschule Ingolstadt THI. „Was wir aber nun mit dem BayWISS erreicht haben, reicht weit über dieses ursprüngliche Ziel hinaus. Es ist gelungen, die hochschulübergreifende Zusammenarbeit zwischen Universitäten und HAWs in einem Strukturmodell zu organisieren und damit die Stärken der beiden Hochschultypen zu bündeln, ohne die jeweilige Profilbildung und funktionale Differenzierung der Hochschularten zu schwächen. Durch den kontinuierlichen Austausch unter den Hochschulen in Forschung, Lehre und Weiterbildung entsteht ein großer Mehrwert für den Wissenschaftsstandort Bayern.“

Fachforum Verbundpromotion und Eckpunkte für Promotionen in Bayern

Das BayWISS sieht in der hochschulübergreifenden Förderung hochqualifizierter Promovierender eine wichtige Zielsetzung. Folglich wird sich das erste Fachforum unter dem Dach von BayWISS dem drängenden Thema der Weiterentwicklung der Promotion widmen. Seit Einführung der kooperativen Promotion und mit dem Ausbau der anwendungsorientierten Forschung hat sich die Zahl der Promovierenden an HAWs jährlich gesteigert und beläuft sich derzeit bayernweit auf etwa 500. „Die für den Promotionsprozess notwendige Zusammenarbeit zwischen Universitäten und HAWs zeigt bislang ein sehr mannigfaltiges Bild. Sie funktioniert an einzelnen Stellen und in einzelnen Disziplinen sehr gut, an anderen weniger“, resümiert Prof. Dr. Walter Schober. „Im Fachforum Verbundpromotion werden nun verlässliche, strukturierte und barrierefreie Wege zur Promotion für HAW-Absolventen aufgezeichnet und gangbar gemacht. Damit treten feste Strukturen an die Stelle von individuellen und oftmals auf persönlichen Beziehungen fußenden Kooperationen.“

„Diese neue Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen“, fügt

Prof. Dr. Wolfgang Baier, Präsident der OTH Regensburg, hinzu, „gilt aber nicht nur für jene Promotionsprojekte, die in einem neu gegründeten Verbundkolleg entstehen. Die Art und Weise der Zusammenarbeit von bayerischen Universitäten und HAWs im Bereich der Promotionen wird sich zukünftig entlang von insgesamt 14 Eckpunkten auf einem grundlegend neuen Niveau bewegen.“

Feste Strukturen und aktive Mitverantwortung

„Die besondere Bedeutung dieser Eckpunkte“, erklärt Prof. Dr. Michael Pötzl, Präsident der Hochschule Coburg, „ist die Ausgestaltung dieser partnerschaftlichen Kooperation, und zwar sowohl was die Aufnahme von HAW-Absolventen in Promotionen als auch was die Betreuung dieser Promotionsprojekte durch HAW-Professorinnen und -Professoren betrifft. Zukünftig werden in den Promotionsausschüssen der Universitäten und auch bei der Begutachtung der Arbeiten gleichberechtigt HAW-Professorinnen und -Professoren eingebunden. Und auf der Promotionsurkunde ist die kooperierende HAW explizit genannt.“

Das Modell der Verbundpromotion stellt inhaltlich und strukturell eine deutliche Weiterentwicklung der bekannten kooperativen Promotionskollegs dar. Damit sei, fasst Prof. Dr. Michael Braun, Vorsitzender von Hochschule Bayern und Präsident der Technischen Hochschule Nürnberg diese erfreuliche Entwicklung zusammen, ein wichtiger und in den Augen vieler HAW-Professorinnen und -Professoren längst überfälliger Schritt getan, um die Forschungstätigkeiten und die Nachwuchsförderung im Bereich der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung an den HAWs zu würdigen. Nun gelte es, das erarbeitete Konzept rasch mit Leben zu füllen und die neue Qualität der Zusammenarbeit von Hochschulen im Bereich der Verbundpromotionen umzusetzen.

Hochschule Bayern e. V.



Dr. Wolfgang Zeitler (StMBW), Prof. Dr. Wolfgang Baier (Präsident OTH Regensburg), Prof. Dr. Sabine Döring-Manteuffel (Präsidentin Universität Augsburg), Prof. Dr. Walter Schober (Präsident TH Ingolstadt) und Barbara Lüddeke (StMBW)

Foto: Hochschule Bayern e. V.



Bund

Starke Fachhochschulen für starke Regionen

Initiative für Forschung an Fachhochschulen gestartet

Wanka: „Neuer Schwung für Entwicklung der Wirtschaft und Fachkräfteausbildung“

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) startet die neue Initiative „Starke Fachhochschulen – Impuls für die Region“ (FH-Impuls). Ziel ist es, regionale Forschungs- und Innovationspartnerschaften von Fachhochschulen mit der Wirtschaft strategisch zu fördern. Dafür stellt das BMBF insgesamt rund 100 Millionen Euro für die Förderdauer von bis zu acht Jahren bereit. Die neue Initiative ist Teil des Programms „Forschung an Fachhochschulen“.

Bundesforschungsministerin Johanna Wanka sagte bei der Vorstellung von FH-Impuls: „Wir haben die neue Initiative entwickelt, weil wir die positiven Effekte von forschungsstarken Fachhochschulen erweitern wollen. Fachhochschulen, die bei der Forschung mit den Unternehmen vor Ort intensiv kooperieren, tragen erheblich zu einer guten wirtschaftlichen Entwicklung der ganzen Region bei. Die Innovationskraft wird erhöht, Forschungsergebnisse finden leichter den Weg in die Anwendung und die Ausbildung von Fachkräften erhält neue Impulse.“ Mit FH-Impuls soll ein systematisch und längerfristig angelegter Ausbau der angewandten Forschung insbesondere mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Region vorangetrieben werden. „Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und unsere weltweit anerkannte Fachkräfteausbildung spiegeln sich im exzellenten Ruf von ‘Made in Germany’. Wir arbeiten daran, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Unsere Initiative bringt neuen Schwung für die Entwicklung der Wirtschaft und Ausbildung von Fachkräften“, sagte Wanka.

Der Sprecher der Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz, Micha Teuscher, sagte: „Fachhochschulen bilden Fachkräfte und Nachwuchswissenschaftler praxisnah aus, sie forschen anwendungsorientiert in Kooperation mit Unternehmen und Einrichtungen in der Region. Durch ihre Forschung und Entwicklung neuer und verbesserter Produkte und Dienstleistungen stärken sie auch die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Partner.“

FH-Impuls startet in diesem Monat. In einem wettbewerblichen Verfahren sollen bis zum Sommer 2016 die besten zehn Konzepte von Fachhochschulen für strategische Forschungs- und Innovationspartnerschaften ermittelt werden. Die Partnerschaften sollen auf einem an der Fachhochschule bereits vorhandenen Forschungsschwerpunkt mit hohem Transfer- und Umsetzungspotenzial aufbauen und sich auch am Bedarf der Unternehmen orientieren, die mit der Fachhochschule im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten längerfristig kooperieren wollen. Zum Aufbau einer nachhaltigen Perspektive der Partnerschaften ist eine finanzielle Beteiligung der Wirtschaft bei Forschungsprojekten vorgesehen. Gleichzeitig ermöglicht die Partnerschaft, dass einzelne an der Kooperation beteiligte KMU bei Bedarf Unterstützung für Forschung und Entwicklung erhalten können.

Micha Teuscher zeigte sich überzeugt davon, dass sich die Fachhochschulen angesichts der zunehmenden Vielfalt in der deutschen Hochschullandschaft auch im Forschungsbereich künftig noch deutlicher positionieren müssen. „Ich begrüße daher ‚FH-Impuls‘ als eine wichtige Maßnahme, die Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen im Wissenschaftssystem weiter zu stärken und zugleich deren Sichtbarkeit in Wirtschaft und Gesellschaft zu erhöhen.“

Das an Fachhochschulen gerichtete und jetzt mit der Initiative FH-Impuls erweiterte Programm „Forschung an Fachhochschulen“ ist in der deutschen Förderlandschaft einzigartig. Seit 2006 wurde das Programm bedarfsorientiert weiterentwickelt und finanziell von 10,5 Millionen Euro im Jahr 2005 auf rund 46 Millionen Euro in diesem Jahr ausgebaut. 125 Fachhochschulen realisierten fast 1.400 Forschungsvorhaben mit einer Programmförderung von insgesamt rund 286 Millionen Euro.

FH-Impuls ist Teil der neuen Hightech-Strategie, mit der die Bundesregierung aus Ideen Innovationen macht und Verbindungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft knüpft. So werden Zukunftschancen und die Arbeitsplätze von morgen geschaffen.

Weitere Information finden Sie unter: <http://www.bmbf.de/de/864.php>

BMBF

AUTOREN GESUCHT!

5/2015 Citizen Science – Wissenschaft mitten in der Gesellschaft

6/2015 Demokratische Hochschule – Hochschule in der Demokratie

Schicken Sie uns Ihre Beiträge, Informationen und Meinungen!
Kontaktadresse: Prof. Dr. Christoph Maas · christoph.maas@haw-hamburg.de

Redaktionsschluss für die Ausgabe 5/2015 ist der 31. August 2015
Redaktionsschluss für die Ausgabe 6/2015 ist der 30. Oktober 2015



Sachsen-Anhalt

h**lb**-Landesverband wählt neuen Vorstand

Bei der Vorstandswahl anlässlich der letzten Landesdelegiertenversammlung wurden der Vorsitzende, Erwin J. G. Albers von der Hochschule Magdeburg-Stendal, sowie der Schatzmeister, Eckhard Freyer von der Hochschule Merseburg, wiedergewählt. Als neues Vorstandsmitglied trat Peter Löbbcke (FH Polizei Sachsen-Anhalt) als Stellvertreter des Vorsitzenden hinzu. Bei der Bundesdelegiertenversammlung des **h**lb**** am 29./30. Mai 2015 wurden die drei Delegiertenstimmen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt bereits durch den neu gewählten Vorstand vertreten.

Der neue Vorstand hat sich u. a. eine Verstärkung der Präsenz des **h**lb**** im Land, die Schärfung der Position zum Bolognaprozess und Promotionsrecht sowie eine erneute Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und der Mitgliederwerbung vorgenommen. Dazu soll unter anderem eine Begrüßung neuer berufener Kolleginnen und Kollegen in Sachsen-Anhalt durch den Landesverband organisiert werden. Außerdem will der Vorstand noch mehr als bisher die Ortsgruppen an den Hochschulen besuchen.

FH-Trends: HTW Saarland

Das Deutsch-Französische Hochschulinstitut (DFHI) an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar) hat aufgrund ihrer geographischen Nähe zu Frankreich und der besonderen geschichtlichen Verbundenheit mit dem Nachbarland bereits früh und konsequent die Einrichtung grenzüberschreitender Studiengänge vorangetrieben. Bereits 1978 entstand zwischen der damaligen Fachhochschule des Saarlandes und der Universität Metz die erste deutsch-französische Hochschulkoope-ration mit Doppelabschlüssen auf Basis eines Staatsvertrags zwischen beiden Ländern. Das Studienangebot umfasste zu Beginn ein Aufbaustudium in den Fächern Betriebswirtschaft, Maschinenbau und Elektrotechnik.

Von Anfang an wurde das Studienangebot unter dem Dach einer gemeinsam getragenen Struktur, dem Deutsch-Französischen Hochschulinstitut DFHI (französisch: ISFATES, Institut Supérieur Franco-Allemand de Techniques, d'Économie et de Sciences), zusammengefasst. Dieses zeichnet sich u. a. durch eigene Sekretariate in beiden Ländern sowie paritätisch besetzte Instituts- und Studiengangleitungen aus. Im Laufe der Jahre folgte eine schrittweise Konso-

lidierung durch weitere binationale Elemente: Gemeinsame Zulassungs- und Prüfungskommissionen, die Gründung eines Fördervereins sowie die Bildung eines Studierenden- und eines Alumni-vereins stärkten die Vernetzung und Identitätsbildung.

Das DFHI hat es geschafft, in 35 Jahren die Balance zwischen den teilweise asynchronen Entwicklungen in den beiden Ländern zu halten. Im Fächerspektrum kamen Informatik, Bauingenieurwesen und Logistik hinzu, 1999 wurde eine vierjährige Studienstruktur eingerichtet, 2005 der gemeinsame Bachelor- bzw. Master-Abschluss der beiden Partnerhochschulen in allen Studiengängen eingeführt. Mit der Universität Luxemburg als weitere Partnerhochschule entstand der trinationale Studiengang Europäisches Baumanagement.

Inzwischen ist das DFHI mit über 2500 Doppeldiplomierten die größte deutsch-französische Hochschulkoope-ration. Der Erfolg des Instituts ist auch ein Erfolg seiner Absolventen, die nicht nur auf dem „deutsch-französischen Heimatmarkt“ hervorragende Berufsaussichten genießen. Dies liegt insbesondere an den fachübergreifenden, profilbildenden Elementen des Studienangebots: Gemischt-nationale Studierenden-gruppen an wechselnden Studienorten, eng abgestimmte Curricula zusammen mit den fremdsprachlich-interkulturellen Inhalten sowie dem Projektstudium und der Praxisphase im Partnerland bilden den idealen Rahmen für einen außerordentlichen persönlichen Reife-prozess. Trotz des Mehraufwands durch Ortswechsel und Prüfungen in der Fremdsprache weisen die DFHI-Studiengänge eine überdurchschnittlich hohe Studienabschlussquote auf.

DFHI – htw saar



Eckhard Freyer (Schatzmeister), Erwin J. G. Albers (Vorsitzender), Peter Löbbcke (1. Stellvertreter) (v. l.)

Foto: privat

Kontakt:

dfhi@htwsaar.de
www.dfhi-isfates.eu

Bad Wiesseer Positionspapier zum Thema Gesellschaftliche Bildungsanforderungen und die Kompetenzen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften

verabschiedet von der Mitgliedergruppe der Fachhochschulen in der HRK am 19. Juni 2015

Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWs) sind wesentliche Akteure des gesellschaftlichen Wandels. Wir gestalten mit unseren Kompetenzen zukunftsfähige Bildung und Wissenschaft im Hochschulsystem. Wir entwickeln unsere Angebote in Studium und Lehre, Weiterbildung, Forschung und Transfer innerhalb dieses Veränderungsprozesses weiter. Damit bieten wir ein großes Potenzial für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung. Dies eröffnet eine auf die Bildungsanforderungen ausgerichtete Differenzierung und Profilierung der einzelnen Hochschule.

Bildungsauftrag

Durch ihre Kompetenzen ermöglichen die HAWs die Erfüllung des Bildungsauftrags.

Die Gesellschaft braucht Persönlichkeiten, die handlungsorientierte fachwissenschaftliche und überfachliche Kompetenzen vereinigen. Die Doppelqualifikationen unserer Professorinnen und Professoren in Wissenschaft und Praxis bilden hierfür eine gute Grundlage. Unsere Absolventinnen und Absolventen zeichnen sich durch Lust an Gestaltung und Wahrnehmung von Verantwortung für die Gesellschaft aus. Durch intensive Betreuung, wechselnde Lernorte und Praxisbezug fördern wir Persönlichkeitsentwicklung und Ganzheitlichkeit in Studium, Lehre und Forschung. Studium und Lehre finden in einem interdisziplinären Kontext statt. Dies bietet das Potential, sich flexibel an sich ändernde Anforderungen anzupassen. In einer Hochschule der Zukunft interagieren Studierende und Lehrende der verschiedenen Studiengänge und Fachdisziplinen noch stärker miteinander. Dies sollte künftig obligatorischer Bestandteil eines Studiums sein.

Forschungsprofile

Durch ihre Kompetenzen in der anwendungsorientierten Forschung stärken die HAWs die Innovationskraft und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Das Studium an HAWs befähigt zur selbstständigen Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden. Dies wird auch außerhalb des Wissenschaftssystems benötigt. Durch die Verbindung von Wissenschaft und Praxis initiieren und gestalten wir die notwendigen Transformationsprozesse in der Gesellschaft mit. An den HAWs hat die Lehre deshalb immer einen Forschungsbezug. Eine besondere Stärke ergibt sich aus der Präsenz in den Regionen. Die Promotion an HAWs schärft das anwendungsbezogene Forschungsprofil. Wir sind den wissenschaftlichen Qualitätsstandards für Promotionsverfahren verpflichtet.

Diversity

Durch ihre Kompetenzen erschließen und entwickeln die HAWs die Potentiale von Vielfalt und Diversität für die Gesellschaft.

Ein diskriminierungsfreier Zugang zu Studium und Beschäftigung gehört zum Selbstverständnis der HAWs und wird weiterentwickelt. Die HAWs schätzen eine vielfältige Zusammensetzung der hier studierenden und arbeitenden Menschen mit ihren Verschiedenartigkeiten. Wir profitieren von ihren unterschiedlichen Sichtweisen und Fähigkeiten. Unsere Studierenden lernen im „Labor Hochschule“, mit Diversität und den notwendigen Regeln umzugehen. Wir erweitern kontinuierlich unsere Kompetenzen, die Vielfalt unserer Studierenden organisatorisch, inhaltlich und didaktisch zu berücksichtigen und als Chance zu nutzen. Im Zuge der Profilbildung und unter Berücksichtigung regionaler oder fachlicher Besonderheiten entwickeln HAWs besondere Unterstützungsangebote für Studierende mit spezifischen Diversitätsmerkmalen.

Arbeitsmarkt

Mit ihren Kompetenzen stellen sich die HAWs den regionalen und globalen Anforderungen der Arbeitswelt, die zunehmend miteinander verknüpft sind.

Unsere Absolventinnen und Absolventen aus dem In- und Ausland bereichern die Gesellschaft und leisten einen Beitrag zur Prosperität der Volkswirtschaft. Wir können die damit verbundenen Anforderungen der zunehmenden Heterogenität der Studierenden besonders gut bewältigen. Dabei unterstützen uns unsere intensiven Verbindungen zur Arbeitswelt und unsere Erfahrungen bei der erfolgreichen Umsetzung der Bologna-Reform. Gleiches gilt für den stark wachsenden Weiterbildungsbedarf auf dem globalen und regionalen Arbeitsmarkt. Wir sehen dabei die Notwendigkeit des Ausbaus der Kooperationen mit ausländischen Partnerhochschulen.

Die Beschreibung dieser Kompetenzen der HAWs ist ein aktueller Statusbericht eines fortgesetzten Arbeits- und Profilierungsprozesses in den Hochschulen.

Trennscharfe Unterscheidung zwischen Universitäten und Fachhochschulen kaum mehr möglich

Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in einem Beschluss vom 12. Mai 2015 (Az. 1 BvR 1501/13, 1 BvR 1682/13) den Verfassungsbeschwerden von drei Professoren und zwei Fakultäten der ehemaligen Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus gegen das Brandenburger Gesetz zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz vom 11. Februar 2013 teilweise stattgegeben. Durch dieses Gesetz wurde die BTU Cottbus mit der Fachhochschule Lausitz zur Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg fusioniert. Es sieht die übergangsweise Leitung der Hochschule bis zur Ernennung des Gründungspräsidenten durch einen staatlichen Beauftragten und eine gleichrangige Besetzung des Gründungssenats sowohl von Lehrenden der BTU Cottbus als auch der Fachhochschule Lausitz vor, obgleich die BTU Cottbus eine größere Anzahl von Lehrenden aufwies.

Zu letzterem Aspekt darf darauf hingewiesen werden, dass das BVerfG die gleichrangige Besetzung für rechtskonform hält, nicht zuletzt deswegen, weil „eine trennscharfe Unterscheidung zwischen Universitäten und Fachhochschulen heute schwer möglich“ sei. Die Lehrenden an Fachhochschulen seien ebenso für wissenschaftsrelevante Entscheidungen verantwortlich und von ihnen betroffen wie die Lehrenden an Universitäten, und auch aus der höheren zeitlichen Belastung durch Lehrveranstaltungen könnten keine Folgerungen gegen die ebenfalls wissenschaftliche Funktion der Lehrenden an Fachhochschulen abgeleitet werden. Damit sei die Auffassung einer kategorialen Trennung zwischen Fachhochschulen und Universitäten „überkommen“ und nicht mehr bindend. Auf diesen wichtigen Aspekt wird an späterer Stelle erneut eingegangen.

Grundrechte der Fakultäten nicht durch Fusion verletzt

Das BVerfG entschied, dass das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit keine individuellen Beteiligungsrechte der Hochschulen, Fakultäten oder einzelner Wissenschaftler beim Zustandekommen eines Gesetzes über die Fusion zweier Hochschulen über die „normalen“ Beteiligungsrechte (etwa: Stellungnahmen) hinaus begründe. Insofern seien die Belange der Fakultäten ausreichend durch das in der Verfassung festgelegte Gesetzgebungsverfahren gewahrt. Die Grundrechte der Fakultäten würden auch deswegen nicht verletzt, weil sich aus der Wissenschaftsfreiheit kein Recht auf den Fortbestand einer konkreten wissenschaftlichen Einrichtung ergebe. Vielmehr verpflichte die Wissenschaftsfreiheit den Staat nur, überhaupt für funktionsfähige Institutionen eines freien Hochschul- und Wissenschaftsbetriebs zu sorgen. Deswegen konnte der Gesetzgeber sich autonom dafür entscheiden, eine Fusion von einer Universität und einer Fachhochschule durchzuführen.

Verletzung der Wissenschaftsfreiheit

Allerdings sei, so das BVerfG, das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit der klagenden Professoren verletzt, weil hier ein staatlicher Gründungsbeauftragter eingesetzt wurde, dessen Befugnisse im Wesentlichen durch das Wissenschaftsministerium vorgegeben wurden. Denn eine staatlich eingesetzte Hochschulleitung stehe regelmäßig im Widerspruch zu wissenschaftlicher Eigenverantwortung und universitärer

Autonomie. Gerade bei einer solchen Fusion hätte ohne Not auf bereits konstituierte Leistungs- und Selbstverwaltungsorgane zurückgegriffen werden können. Diese hätte der Gesetzgeber – ohne Eingriff von außen durch einen staatlicherseits installierten Gründungsbeauftragten – verpflichten können, die zur Umsetzung seiner Vorgaben erforderlichen Schritte in einem bestimmten Zeitraum zu unternehmen.

Die Einsetzung eines Gründungsbeauftragten komme nur dann in Betracht, wenn ansonsten die Zusammenführung der Hochschulen ernsthaft und nachweisbar gefährdet sei. Auch in diesem Fall dürfe er nur für eine zeitlich eng begrenzte Dauer eingesetzt werden.

Entscheidend ist die Dauer der staatlich eingesetzten Leitung

Die staatliche Einsetzung eines Leitungsorgans im Zuge einer Fusion zweier Hochschulen genüge den Anforderungen des Grundgesetzes an eine wissenschaftsadäquate Organisation umso weniger, so das Gericht, je länger diese Leitung zeitweise ganz ohne ein universitäres Selbstverwaltungsorgan tätig und ohne dass diese Phase zeitlich auf das erforderliche Maß begrenzt sei. Gerade in einer fusionsbedingten Übergangsphase müssten die Lehrenden durch ihre Vertretung in Hochschulorganen sich und ihre fachliche Kompetenz in die Organisation der Hochschule mitbringen können. In dem zu entscheidenden Fall fehlte aber jede Möglichkeit zur Mitwirkung bei der Bestellung und Abberufung der Übergangslleitung.

Ausgestaltung der Wissenschaftsfreiheit darf nicht dem Ministerium überlassen werden

Im Ergebnis könne aber die Frage, ob die Einsetzung des Gründungsbeauftragten den verfassungsrechtlichen Anforderungen genüge, offen bleiben, weil der entscheidende Fehler darin liege, dass dem Gründungsbeauftragten seine konkreten wissenschaftsrelevanten Befugnisse gerade von einem Ministerium zugewiesen worden seien. Insofern ist auf den Unterschied von Parlamentsgesetz und exekutivem Recht hinzuweisen, den das BVerfG hier voraussetzt. Ein Parlamentsgesetz wird von den jeweiligen Gesetzgebungsorganen, hier des Landtags des Landes Brandenburg, in einem bestimmten in der Verfassung niedergelegten Verfahren beschlossen und hat eine bestimmte Form. Solche Gesetze werden vom Parlament in einem Gesetzgebungsverfahren beschlossen und im Gesetzblatt bekannt gemacht und erfahren daher die höchste demokratische Legitimierungsstufe. Wesentliche Regelungen sind aber nach allgemeinen Grundsätzen in einer solchen Gesetzesform zu erlassen, nicht aber in der Form untergesetzlichen Rechts. Dieses zeichnet sich dadurch aus, dass es von der Verwaltung ohne weitere demokratische Legitimation erlassen wird und grundsätzlich keinem bestimmten Aufstellungsprozedere unterliegt.

Darauf stützt sich das Gericht, wenn es moniert, dass der Gesetzgeber bei der Einsetzung des Gründungsbeauftragten nicht selbst alle wesentlichen Regelungen zur Ausgestaltung der Wissenschaftsfreiheit selbst in einem förmlichen Gesetz getroffen habe.

Zusammensetzung des Gründungssenats nicht zu beanstanden

Demgegenüber hat das Gericht die Zusammensetzung des Gründungssenats, in dem Lehrende der BTU Cottbus und der Fachhochschule Lausitz gleich-

rangig vertreten sind, als mit der Wissenschaftsfreiheit vereinbar erachtet. Die Wissenschaftsfreiheit werde nicht dadurch verletzt, dass die Lehrenden der BTU Cottbus trotz ihrer größeren Anzahl mit ebenso vielen Personen in den zentralen Selbstverwaltungsorganen vertreten seien wie die Lehrenden der ehemaligen Fachhochschule Lausitz. Das Gericht sah die Unterschiede beim Lehrdeputat als nicht so schwerwiegend an, dass sie eine Ungleichbehandlung rechtfertigten könnten. Es sei eine starke Veränderung der Hochschullandschaft eingetreten, mit der Folge, dass praktisch keine trennscharfe Unterscheidung mehr zwischen Universitäten und Fachhochschulen bestehe und der Gesetzgeber sich nicht mehr an die überkommene Trennung zwischen den Hochschultypen halten müsse.

Bei einer gemeinsamen Wahl hätte demgegenüber die Gefahr bestanden, dass überwiegend Professorinnen und Professoren der BTU Cottbus gewählt worden wären. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass die Garantie der Wissenschaftsfreiheit für Professoren an Fachhochschulen ebenso wie für Universitätsprofessoren gelte, sei es legitim gewesen, dass der Gesetzgeber beide im Gründungssenat und im erweiterten Gründungssenat gleich stark repräsentiert sehen wolle. Andernfalls hätte die universitäre Forschung und Lehre von vornherein ein Übergewicht gegenüber der anwendungsbezogenen Forschung und Lehre der Fachhochschule Lausitz gewinnen können.

Ausblick

Neben der vom BVerfG ausdrücklich hervorgehobenen Kongruenz der Hochschultypen ist die Entscheidung des BVerfG vor allem deswegen interessant, weil das Gericht für den Fall einer Fusion und mit Blick auf staatliche Regelungseingriffe die Grenzlinie zwischen universitärer Autonomie und dem, was der Staat in eigener Einschätzung und durch Parlamentsgesetz – und nur

durch dieses – regeln darf, noch einmal scharf nachgezogen hat. Der Staat darf danach den Rahmen, aber keine der Eigenverantwortung und Autonomie der Hochschulen widersprechenden Tatsachen schaffen. Bei künftigen Fusionen ist klar, dass ganz bestimmte Voraussetzungen (siehe oben, etwa: Gefährdung der Fusion) vorliegen müssen, damit „von außen“ eingegriffen werden kann. Weiterhin wird mit der Entscheidung (erneut) klargestellt, dass es am Landesgesetzgeber selbst ist, in einer solchen Situation die wesentlichen Regelungen aufzustellen und er die Verantwortung erst recht nicht auf seine Ministerien abwälzen kann. Letztlich stellt die Entscheidung damit einen weiteren Mosaikstein in dem Gesamtbild der Reichweite der Wissenschaftsfreiheit im Spannungsfeld zu staatlichen Regelungseingriffen von außen dar.

Praktische – nachträgliche – Auswirkungen der Entscheidung der BVerfG auf die fusionierte BTU Cottbus-Senftenberg dürften nicht anzunehmen sein. Mit Bedacht hat das Gericht die Installation des Gründungsbeauftragten gerade nicht als „nichtig“ verworfen, sondern lediglich festgestellt, dass dessen staatliche Einsetzung mit dem Grundgesetz „unvereinbar“ ist. Was wie Wortklauberei klingt, ist jedoch ein entscheidender Unterschied: Während bei „Nichtigkeit“ rechtlich nachträglich die Situation herbeigeführt wird, als ob ein Rechtsakt nie in der Welt gewesen wäre (mit der Folge, dass der Gründungsakt hätte wiederholt werden müssen), hat das BVerfG in diesem Fall lediglich die Feststellung getroffen, dass die staatliche Einsetzung des Beauftragten nicht mit dem Grundgesetz vereinbar war. Das Gericht hat hier also gerade keine nachträgliche und unmittelbare Rechtsfolge, die den Gründungsakt der neuen Hochschule gefährden könnte, herbeigeführt.

Christian Fonk

Neue Bücher von Kolleginnen und Kollegen

Technik/Informatik/Naturwissenschaften

Masterkurs Parallele und Verteilte Systeme

G. Bengel (HS Mannheim), C. Baun (Frankfurt University of Applied Sciences), M. Kunze, K.-U. Stucky
2., erweiterte Auflage
Springer Vieweg 2015

Einführung in LabVIEW

W. Georgi (HS Ravensburg-Weingarten), P. Hohl
6., erweiterte Auflage
Hanser Verlag 2015

Metal Nanopowders: Production, Characterization, and Energetic Applications

Hrsg. von A. Gromov, U. Teipel (TH Nürnberg)
Wiley – VCH Verlag 2014

Elektrische Antriebstechnik

R. Hagl (HS Rosenheim)
2., aktualisierte Auflage
Hanser Verlag 2015

Werkstoffprüfung: Ermittlung der Eigenschaften metallischer Werkstoffe

B. Heine (HTW Aalen)
3., aktualisierte Auflage
Hanser Verlag 2015

Einführung in die Automatisierungstechnik: Automatisierungssysteme, Komponenten, Projektierung und Planung

T. Heimbold (HTWK Leipzig)
Hanser Verlag 2014

Taschenbuch der Mechatronik

Hrsg. von E. Hering, H. Steinhart (HTW Aalen)
2., überarbeitete Auflage
Hanser Verlag 2015

Taschenbuch Datenbanken

Hrsg. von T. Kudraß (HTWK Leipzig)
2. Auflage
Hanser Verlag 2015

Wiley-Schnellkurs Analysis

C. Maas (HAW Hamburg)
Wiley-VCH Verlag 2015

Betriebswirtschaft/Wirtschaft/Recht

Benchmark strategischer Einkauf: Reifegradanalyse für Unternehmen und Marktstudie 2014

M. Bergmann (Rheinische FH Köln), G. Heß (TH Nürnberg)
Institut für Beschaffungsstrategie Heß, 2014

Risikomanagement in Kreditinstituten

Eine Darstellung für Praktiker mit Fallbeispiel zum Liquiditätsrisiko
H.-C. Brauweiler (HS Zwickau)
Springer Verlag 2015

Personalwirtschaft

R. Dincher (HdBA Mannheim)
Bd. 3 – Forschungsstelle f. Betriebsführung u. Personalmanagement
4., vollst. überarb. Auflage
Neuhofen 2014

Übungsbuch Beschaffung, Produktion und Logistik Aufgaben, Lösungen und Implementierung in Excel

M. Gutiérrez (HS Neu-Ulm), H.-U. Küpper, C. Hofmann
5. Auflage 2015
Verlag Vahlen 2015

Entscheidungsorientierte Kosten- und Leistungsrechnung

G. Preißler (TH Nürnberg), P. R. Preißler
De Gruyter Verlag Oldenbourg 2014

Anleitung zur Anfertigung von Praktikums-, Seminar- und Diplomarbeiten sowie Bachelor- und Masterarbeiten

G. A. Scheld (FH Jena)
8. Auflage
Fachbibliothek Verlag: Büren 2015

Mikroökonomik

Eine anwendungsorientierte Einführung

B. Sturm, C. Vogt (HS Bochum)
Kohlhammer Verlag 2014

Operatives Controlling

M. Wördenweber (FH Bielefeld)
2. Auflage
Fachbibliothek Verlag: Büren 2015

Soziale Arbeit

Erlebnispädagogik: 30 Meilensteine aus 20 Jahren

Hrsg. von J. Fengler, M. Jagenlauf, W. Michl (TH Nürnberg)
Ziel Verlag 2014

Leseförderung in öffentlichen Bibliotheken

K. Keller-Loibl (HTWK Leipzig), S. Brandt
De Gruyter Verlag 2014

Woher kommen künftig die Freiwilligen? Engagementplanung als Zukunftsaufgabe für Kommunen und Verbände

D. Rosenkranz (TH Nürnberg), E. Görtel, B. Limbeck
Juventa Verlag 2014

Gesundes Führen mit Erkenntnissen der Glücksforschung

K. H. Ruckriegel (TH Nürnberg), G. Niklewski, A. Haupt
Haufe Verlag 2014

Sonstiges

Supervision in der Beobachtung Forschungs- und praxisbezogene Perspektiven

Bd. 22, 1. Auflage 2015
Hrsg. von J. Baur, P. Berker, M. Nemann (KatHO NRW)
Verlag Barbara Budrich 2015

Soziale Medien im polizeilichen Alltag Eine Momentaufnahme der Einstellungen von Polizeibeamten in Sachsen-Anhalt

P. S. Bayerl, P. Löbbecke (FH Polizei Sachsen-Anhalt)
Aschersleben 2015

Kooperative Bildungslandschaften Netzwerke(n) im und mit System

Hrsg. von S. G. Huber
1. Auflage 2014
Carl Link Verlag 2014

Sexualmord in Bayern Opfer – Tatverlauf – Täter

S. Litzcke (HS Hannover), A. Horn, D. Schinke
Verlag für Polizeiwissenschaft 2015

Neuberufene

Baden-Württemberg



Prof. Dr. Andreas **Eckhardt**, Personalmanagement, German Graduate School of Management und Law (GGS)

Prof. Dr. rer. medic. Katharina **Dressel**, Logopädie, SRH HS Gera/Karlsruhe, Stuttgart

Prof. Dr. Andreas **Klasen**, International Business, International Management, Emerging Markets, Qualitative Verfahren, HS Offenburg

Prof. Dr. jur. Christopher A. **Schmidt**, Familienrecht, Kinder- und Jugendrecht, HS Esslingen

Prof. Dr. Peter Michael **Schuetterle**, Betriebswirtschaftslehre, insbes. Energiehandel, neue Geschäftsmodelle, Netze und Energierecht, HS Biberach

Prof. Dr.-Ing. Ralf **Voß**, Konstruktion und Mechanik, HS Ulm

Bayern



Prof. Dr. Matthias **Dorfner**, Systems Engineering, Wirtschaftsinformatik, HS Landshut

Prof. Dr. André **Dürr**, Stahlbau, Baustatik und Nachhaltigkeit im Bauingenieurwesen, HS München

Prof. Dr. Alexander **Hallwachs**, Medizinische Grundlagen und Innere Medizin, HS Fresenius München

Prof. Dr.-Ing. Rainer **Holmer**, Elektrotechnik, insbes. energieeffiziente Elektronik, OTH Regensburg

Prof. Dr. Katharina **Hutter**, Marketing, HS Fresenius München

Prof. Dr. phil. Peter **Jandok**, Deutsch als Fremdsprache, Länder- und Kulturstudien des deutschsprachigen Raums, HS München

Prof. Dr. Daniel **Jobst**, Informatik, insbes. verteilte Systeme und Programmierung, OTH Regensburg

Prof. Dr. Gerhard **Joos**, Geoinformatik, Geoinformationssysteme, HS München

Prof. Dr. rer. nat. Carsten **Kern**, Informatik, insbes. Software Engineering, OTH Regensburg

Prof. Dr.-Ing. Björn **Kniesner**, Luft-/Raumfahrtantriebe und Thermofluidmechanik, HS München

Prof. Dr.-Ing. Stephan **Lorenz**, Konstruktion, HS München

Prof. Dr.-Ing. Robert **Meier-Staude**, Ressourcenschonende Konstruktion und Entwicklung, HS München

Prof. Dr. Ingo **Rollwagen**, General Management, HS Fresenius München

Prof. Dr. Nina **Sarubin**, Klinische Psychologie, HS Fresenius München

Prof. Dr. Lars **Schiemann**, Tragwerksplanung und konstruktives Entwerfen, HS München

Prof. Dr. Markus **Stoffel**, Gesundheitsökonomie, HS Fresenius München

Prof. Dr. rer. nat. Christian **Schwarzbauer**, Medizintechnik und Medizininformatik, HS München

Prof. Dr. Carsten **Voelkmann**, Statistik und Ingenieurmathematik, HS München

Berlin



Prof. Dr. rer. nat. Ulrich **Rüdel**, Konservierung und Restaurierung, insbes. moderne Medien, HTW Berlin

Brandenburg



Prof. Dr.-Ing. Thomas **Götze**, Antriebstechnik, FH Brandenburg

Prof. Dr. phil. Cornelia **Hoffmann**, Bildung in der Kindheit, FH Potsdam

Bremen



Prof. Dr. Axel **Schäfer**, Physiotherapie, insbes. Quantitative Methoden, Evidenzbasierte Praxis, Klinische Urteilsbildung, HS Bremen

Prof. Dr. Ralf **Schlemminger**, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbes. Controlling und Rechnungswesen, HS Bremen

Hamburg



Prof. Dr. Gabriela **Rieck**, Marketing, HS Fresenius Hamburg

Prof. Dr. Ingo **Zobel**, Forschungsmethoden und Allgemeine Psychologie, HS Fresenius Hamburg

Hessen



Prof. Dr. Julia **Bernstein**, Diskriminierung und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt University of Applied Sciences

Prof. Dr. Kirsten **Bodusch-Bechstein**, Medizinische Grundlagen und Chirurgie, HS Fresenius Frankfurt

Prof. Dr. Armin **Bohnhoff**, Logistik und Handel, HS Fresenius Idstein

Prof. Dr. Hans-Hermann **Dirksen**, Medizinrecht und Gesundheitswirtschaftsrecht, HS Fresenius Frankfurt

Neuberufene

Prof. Dr.-Ing. Ludwig **Dorn**, Luftfahrttechnik, HS Rhein-Main

Prof. Dr. Michael **Kahsnitz**, Maschinenelemente und Konstruktionslehre, THM Friedberg

Prof. Dr. Stefan **Lechner**, Energiewirtschaft und Energiesysteme, THM Gießen

Prof. Dr. Harald **Möbus**, Eventmanagement und Technik, THM Gießen

Prof. Dr.-Ing. Andreas **Penirschke**, Hoch- und Höchstfrequenztechnik, THM Friedberg

Prof. Dr.-Ing. Ulrich **Thiele**, Technische Redaktion und Multimediale Dokumentation, THM Gießen

Prof. Dr.-Ing. Falk **Schönherr**, Siedlungswasserwirtschaft, HS RheinMain

Prof. Dr. Sebastian **Vogt**, Medienproduktion und Medientechnik, THM Friedberg

Prof. Dr. Oliver **Vofß**, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbes. externes Rechnungswesen, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, THM Gießen

Mecklenburg-Vorpommern



Prof. Dr. Eike Stefan **Dobers**, Pflanzenbau, HS Neubrandenburg

Prof. Dr. rer. pol. Thomas **Mayrhofer**, Volkswirtschaftslehre, FH Stralsund

Prof. Dr. rer. pol. Holger **Türr**, Betriebswirtschaftslehre, insbes. Rechnungswesen und Controlling, FH Stralsund

Niedersachsen



Prof. Dr.-Ing. Frank **Schmitt**, Darstellende Geometrie und Computer Aided Design, Jade HS Wilhelmshafen/Oldenburg/Elsfleth

Prof. Dr. Andrea Daniela **Schwanzer**, Psychosoziale Beratung in betrieblichen Kontexten, Ostfalia HS

Nordrhein-Westfalen



Prof. Dr. rer. pol. Natalie **Bartholomäus**, Betriebswirtschaftslehre, insbes. Personalmanagement und Organisation, FH Bielefeld

Prof. Dr. Annette **Bernloehr**, Hebammenwissenschaft, HS für Gesundheit, Bochum

Prof. Dr. Tim **Fischer**, Marketing, HS Fresenius Düsseldorf

Prof. Dr. Matthias **Freund**, Finanzmathematik, Optimierung und Statistik, HS Niederrhein

Prof. Dr.-Ing. Henrik **Juhr**, Fertigungstechnik, insbes. Zerspaltung und Werkstofftechnik, HS Ostwestfalen-Lippe

Prof. Dr. rer. san. Claudia **Klümper**, Ökotoxikologie und moderne Umwelt- und Lebensmitteltechnologie, HS Hamm-Lippstadt

Prof. Dr. Ralf **Lautenschläger**, Fleischtechnologie, HS Ostwestfalen-Lippe

Prof. Daniel **Materna**, Mathematik und Grundlagen der Bauinformatik, HS Ostwestfalen-Lippe

Prof. Dr. techn. Felix **Meckmann**, Bauökonomie, HS Ruhr West

Prof. Dr. rer. nat. Nilima **Prakash**, Biodiversität, Genetik und Molekularbiologie, HS Hamm-Lippstadt

Prof. Dr. Eleonore **Soei-Winkels**, Wirtschaftspsychologie, FOM HS Düsseldorf

Prof. Dr.-Ing. Henriette **Strotmann**, Baubetrieb, Auslandsbau, Soziale Kompetenzen, FH Münster

Prof. Anja **Vormann**, Audiovisuelle Medien, HS Düsseldorf

Prof. Dr. Verena **Wölkhammer**, Kommunikation und Führung, HS Fresenius Düsseldorf

Saarland



Prof. Dr. Klaus **Berberich**, Datenbanken, Informationssysteme und Grundlagen der Informatik, HTW des Saarlandes

Sachsen



Prof. Dr. rer. nat. habil. Jochen **Merker**, Analysis und Optimierung, HTWK Leipzig

Sachsen-Anhalt



Prof. Dr. phil. Claudia **Dreke**, Sozialpädagogik und soziologische Grundlagen in den Kindheitswissenschaften, HS Magdeburg-Stendal

Schleswig-Holstein



Prof. Dr. Thilo **Kleickmann**, Pädagogik, FH Kiel

Thüringen



Prof. Dr. Thorsten **Möller**, Methodisches Handeln und soziale Diagnostik, FH Erfurt